

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Plabvorschritt 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. **Reklame-Kolonelleile 7.50 Mk.** — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721. **Schluss der Inseraten-Annahme** für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Folgen des Flensburger Mordes 9 Tote, 22 Verwundete, 40 Verhaftete.

Flensburg, 5. Januar. (WZV.) An der Beerdigung des von der Polizei erschossenen Kommunistenführers Hoffmann nahmen viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen teil. Aus Hamburg und andern Orten waren viele Kommunisten herbeigekommen, und es wurden aufreizende Reden an die Menge gehalten. Nach Abhaltung zweier Kommunistensammlungen zogen etwa 400 Personen vor die Sipolaserne, um dort einzudringen. Die Polizei verteidigte sich zunächst mit Feuerstrahlen und Schreckschüssen. Als gegen 11 Uhr abends die Menge durch das höhere Tor der Kaserne eindringen wollte, wurde auch scharf geschossen, wobei es auf Seiten der Demonstranten 9 Tote und 22 Verwundete gab. Auf Seiten der Polizei wurde ein Beamter verwundet. 40 Personen wurden verhaftet, darunter der Führer der Flensburger Kommunisten. Noch in der Nacht verbreiteten die Mehrheitssozialisten ein Flugblatt, worin sie von den Demonstranten abschnitten, Bestrafung der Aufwiegler verlangen und die Arbeiterschaft zur Rückkehr in die Betriebe auffordern. Dieser Aufforderung ist man heute morgen fast reiflos nachgekommen. Gegenwärtig herrscht in Flensburg wieder Ruhe.

Der Vorwärts bringt eine eigene Drahtmeldung aus Kiel, in der es heißt:

Sämtliche Ausschreitungen sind lediglich auf das Konto der Kommunistenführer zu setzen, die sich in einer gemeinsamen Vertrauensmännerversammlung mit unserer Partei verpflichtet haben, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, aber später die Menge zu einem sinnlosen Sturm auf die Kaserne aufzuföhren. Das Blatt gibt dann die amtliche Darstellung der Vorgänge durch das Oberpräsidium an und bemerkt, daß die Darstellung vollkommen übereinstimmt mit der Auffassung sämtlicher parteieigenen Augenzeugen.

Die Darstellung des Oberpräsidiums sagt u. a., die Redner der Kommunisten hätten die Menge aufgeföhrt, gegen die Schutzpolizei vorzugehen. Flugblätter des gleichen Inhalts seien unter die Teilnehmer an der Beerdigung verstreut worden. Von rund 7000 Teilnehmern hat indessen der größte Teil sich nicht verhalten lassen, sondern ist nach der Beerdigung nach Hause gegangen. Nur etwa 350—400 Personen sind in gemeinsamen Trupps vor die Kaserne der Schutzpolizei gezogen und haben vor dieser unter Führung revolutionärer Redner auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg demonstriert. Nachdem die Menge drei Stunden die Polizei auf diese Art in der Kaserne belagert hatte, wobei ein Versuch, das Tor zu stürmen, durch Sprengen mit einem Hydranten verhindert worden war, zogen die Demonstranten ab und hielten zwei Versammlungen ab. Bei der ersten haben sie sich gegen den Willen der Saalbesitzer mit Gewalt bemächtigt. Hier wurden von führenden Kommunisten erneut Reden gehalten und die Menge aufgeföhrt, die Schutzpolizeikaserne zu stürmen. „Es müßte noch Blut fließen.“ Etwa 200—300 Demonstranten zogen nunmehr, gegen 12 Uhr abends, erneut vor die Kaserne. Diesen schloß sich eine große Menge Neugieriger an, um von weitem die Vorgänge zu beobachten. Die draußen postierten Beamten der Schutzpolizei wurden nunmehr in die Kaserne zurückgezogen. Die Demonstranten drückten das Strahentor ein und klümmten auf das innere Kasernentor. Daraufhin rückte die Schutzpolizei nach Abgabe von Schreckschüssen wieder bis zum Strahentor vor und verschloß dieses. Erneut klümmte die Menge gegen das Strahentor an, wobei aus ihrer Mitte eine Reihe von Schüssen fiel. Darauf rückte die Schutzpolizei wieder vor, um die Kaserne zu verteidigen. Einige über die Köpfe abgegebene Salven hatten keine genügend abschreckende Wirkung, so daß die Schutzpolizei gegen die anwachsende Menge nunmehr scharf feuerte. Darauf stob die Menge auseinander. Es ist bei dem Vorgehen der Schutzpolizei auf ihrer Seite ein Beamter verwundet worden; die Demonstranten haben 9 Tote und 22 Verwundete zu verzeichnen. Ferner sind etwa 40 Personen aus der Reihe der Demonstranten verhaftet worden. Bei einer großen Zahl der Verhafteten sind Pistolen vorgefunden worden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Führer der Kommunisten in Flensburg.

Wenn diese Darstellung zutrifft, worüber wir vor Abschluß der Untersuchung nicht urteilen können, so gibt es nur das härteste Verdammungsurteil über die verbrecherische kommunistische Taktik, die sich hier wieder einmal in einem entscheidenden Augenblick als der Kern der kommunistischen Politik herausgestellt hätte, trotz aller schönen theoretischen Abfagen in Parteitagbeschlüssen und Thesen. Aber noch härter, und zwar ohne jeden Vorbehalt ist das Urteil, das über die verbrecherische Praxis der „Schutzpolizei“ zu fällen ist. Auf sie fällt der schwerste Teil der Verantwortung für das Blut, das in Flensburg geflossen ist. Denn ohne den Mord an dem Kommunisten Hoffmann wäre alles weitere Unheil nicht geschehen. Dieser schamlose, durch nichts entschuldigbare Mord — selbst wenn die Behauptung der „Schutzpolizei“ von der Widersehllichkeit Hoffmanns wahr wäre, so liegt auf der Hand, daß sie von der mehrköpfigen militärischen Begleitung ohne Gebrauch der Schußwaffe hätte gedrohen werden können! — hat erst die Blutatmosphäre geschaffen, in der kommunistische Aufreizungen Erfolg haben konnten. Ein Erfolg, der leider menschlich nur zu verständlich ist, wenn man bedenkt, welche Stimmung diese sich häufenden Morde an Revolutionären und die regelmäßig folgenden Freisprüche der Mörder in der Arbeiterschaft erwecken müssen.

Hoffmann ist, wie aus einer weiteren Flensburger Meldung hervorgeht, das Opfer einer freien Lokspitzelei und der politischen Verstandnislosigkeit — oder Schlämmerei — des Leiters der Schutzpolizei geworden: Der Spießkopf Reichardt hat

einen märchenhaften Bericht angefertigt, wonach der Erschossene das Haupt einer Bande sein sollte, die die Kasernen überfallen, die Sipo entwaffnen und die Revolution in Flensburg herbeiföhren wollte. Von dem Oberkommissar Köpffel, einem erfahrenen Beamten, ausgelacht und abgewiesen, wandte sich der Spießkopf an Major v. Pilskow und fand bei diesem leider ein offenes Ohr. Die unglaubliche politische Unkenntnis und Naivität des Majors föhrt dann zur Verhaftung des Hoffmann und den weiteren Folgen.

Der Fall beweist also unter andern auch, wie gefährlich die Einstellung ehemaliger Offiziere, die bestenfalls politische Kinder, schlimmstenfalls aber verblödete, von allen blöden Vorurteilen erfüllte Reaktionsäre sind, in die Polizei ist.

Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Die rote Fahne fordert unter der Ueberschrift „Rotes Geft geht um“ und unter Schilderung der Vorgänge in Flensburg die Arbeiter auf zum Protest. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Proletarier auf, es geht zum Protest. Nieder die Regierung der Proletariermörder!“ Eine genauere Schilderung der Demonstration findet sich jedoch bisher nicht in der Roten Fahne.

Einigungsvorschläge für die Eisenbahner.

Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Nach fast zehnstündigen Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium ist gestern in später Abendstunde eine Verständigung zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Eisenbahnbeamten und Arbeitern erzielt. Den Eisenbahnern wurden weitgehende Zugeständnisse gemacht. In einzelnen wird über die Verhandlungen und Vereinbarungen bekannt: Die Verhandlungen, die unter Vorft des Unterstaatssekretärs Stieler vom Reichsverkehrsministerium stattfanden, zogen sich mit einer einzigen Unterbrechung bis abends gegen 9 Uhr hin. Nach sehr langwierigen Auseinandersetzungen, an denen sich besonders Ministerialdirektor Schlieben und Geheimrat Kühnemann vom Reichsfinanzministerium beteiligten, wurde den Eisenbahnern eine Erhöhung ihrer Bezüge nach der Ortsklassenabteilung zugestöhnt. Die Beamten erhalten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ab:

in Ortsklasse	A	70	Prozent	Erhöhung
„	B	65	„	„
„	C	60	„	„
„	D u. E	55	„	„

Die Regierung wollte eine Erhöhung der Bezüge für Ortsklasse D und E nicht vornehmen, doch erklärte sie sich schließlich auch zu diesen Zugeständnissen bereit. Für die Eisenbahnarbeiter wurde folgende Erhöhung zugestöhnt:

Für Ortsklasse	A	50	Pfa.	pro	Stunde
„	B	40	„	„	„
„	C	30	„	„	„
„	D	20	„	„	„
„	E	10	„	„	„

Die Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärten sich mit den vom Verkehrsministerium gemachten Zugeständnissen einverstanden, doch können die Abmachungen erst nach Rückkehr des Reichsfinanzministers Witth zu Freiburg bindende Kraft erhalten. Unterstaatssekretär Stieler sagte dem Vertreter der Beamten jedoch zu, daß das Reichsverkehrsministerium sich mit aller Kraft für die Durchführung der gestern getroffenen Vereinbarungen einsetzen werde. Im Verlauf der Konferenz wird noch eine Reihe von andern Fragen besprochen und es wird den Beamten zugesichert, daß eine Maßregelung nicht erfolgen würde.

Berlin, 6. Januar. (L.-U.) Der Vorwärts teilt zu der erfolgten Verständigung mit den Eisenbahnern eine überaus interessante Vorgeschichte mit. Es hat dabei nämlich ein Plan des in Wiesbaden sitzenden Chefs des französischen Feld Eisenbahnwesens eine nicht unwesentliche Rolle gespielt, der den deutschen Eisenbahnerstreik dazu benutzen wollte, das Eisenbahnwesen im besetzten Gebiet französisch zu militarisieren und eventuell auch zum Zweck der Kohlenverföhren nach dem Ruhrgebiet militärisch hinüberzugreifen. Das Bekanntwerden des Planes dürfte es gewesen sein, das die Regierung dazu bestimmte, in ihren Zugeständnissen an die Eisenbahner weiter zu gehen, als ursprünglich beabsichtigt war.

Daß es wirklich nur der angedeutete Plan des französischen Feld Eisenbahnmannes war, der die deutsche Regierung zur Nachgiebigkeit veranlaßt hat, scheint uns nicht sehr wahrscheinlich, wir glauben vielmehr, die Entschiedenheit der Eisenbahner, auch das Streikmittel zur Durchföhren ihrer Forderungen anzuwenden, dürfte die Regierung veranlaßt haben, von ihrem ablehnenden Standpunkt abzugehen.

Memel, 4. Januar. Zur Urabstimmung der Eisenbahner in Deutschland erföhrt das Memeler Dampfboot, daß im Gebiet von Memel, dessen Eisenbahnen durch das Reich betrieben werden, keine Abstimmung unter den Eisenbahnern stattgefunden hat. Die Eisenbahner stehen auf dem Standpunkt, daß sie sich gewissermaßen als memelländische Beamte betrachten und mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Memelgebiets nicht in den Streik eintreten würden.

Verfassungskämpfe und Präsidentenwahl in Oesterreich.

Von Therese Schlessinger, Mitglied des österr. Parlamentes (Wien).

Am 8. November dieses Jahres trat die Bundesversammlung zum erstenmal zusammen, um der Republik einen Präsidenten zu geben.

Um die Vorgänge bei dieser Wahl und deren Ergebnis zu verstehen, muß man die Parteiverhältnisse in Oesterreich einigermaßen kennen.

Nachdem die Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 die sozialdemokratische und die christlich-sozialistische Partei beinahe gleich stark in das Parlament gebracht (wir hatten nur einen Vorsprung von zwei Mandaten) und ein halbes Duzend deutsch-freisinniger Parteien dazu verurteilt hatte, trotz ihrem Zusammenschluß zu einer einzigen, der Großdeutschen Partei, eine ohnmächtige Minderheit zu bleiben, war eine Koalition zwischen den beiden großen Parteien zustande gekommen. Diese Koalition durfte sich als Vertreterin aller breiten, damals durchaus kriegs- und hasburgerseindlichen Volksschichten, sowohl der Arbeiter und eines großen Teiles der Angestellten, als auch der Bauern und Kleinbürger betrachten, wodurch es ihr gelang, den Einfluß des durch die Großdeutschen nur sehr schwach vertretenen konservativen Mittelbürgertums und der in der Nationalversammlung fast gar nicht vertretenen Großindustriellen, Großgrundbesitzer und Finanzleute fast auf nichts herabzudrücken. Die beiden koalitierten Parteien bildeten gemeinsam die Regierung, wobei jede von ihnen gleichviel Ministerplätze in Anspruch nahm. Die Führung blieb aber doch durch lange Zeit ganz unbestritten in den Händen der Sozialdemokraten, so daß es diesen gelang, sowohl auf politischem als sozialpolitischem Gebiete Gewalttätiges für die beschlossenen Klassen zu erreichen und die ehemals herrschenden Klassen zu den gewichtigsten Zugeständnissen zu zwingen.

Erst später, als der Gewaltfrieden von Saint Germain und die schwere wirtschaftliche Abhängigkeit von den Siegermächten jedem sozialen Fortschritt und insbesondere der kaum in Angriff genommene Sozialisierung der Produktionsmittel immer unüberwindlichere Hindernisse bereitere, als dann die Volksherrschaft in Ungarn dem weißen Schrecken weichen mußte, Sowjetrußland von Weten bedrängt wurde und die Parteinahme der Ententemächte für jede konterrevolutionäre Bewegung in Europa immer unverkennbarer zutage trat, da wurde auch bei uns das Bürgertum wieder Kühner und auch die Christlichsozialen wagten es nun, sich dem Willen der Sozialdemokraten entgegenzustellen, wobei sie die Hilfe der großdeutschen Oppositionspartei keineswegs verschmähten. Beide bürgerlichen Parteien föhrt einen erbitterten Kampf gegen die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel, die allein die breiten Volksmassen noch einigermaßen vor der Auswucherung durch den Schleichhandel zu schützen vermocht hatte, sie suchten es auf jede Weise, wenn auch vergeblich zu verhindern, daß die von der Sozialdemokratie geforderte große Vermögensabgabe und eine neue demokratische Heeresverfassung beschlossen werde. Daneben aber trieben sie die schamloseste Demagogie außerhalb des Hauses, indem sie in ihrer Presse und in ihren Versammlungen die Schuld an der entsetzlichen Not des Volkes, die durch den Krieg und den Gewaltfrieden verursacht worden ist, der Sozialdemokratie aufzuhalsen suchten. Gleichzeitig wagte es ihre Anhänger unter den öffentlichen Beamten, die Durchführung der Gesetze, die das Haus mit allen Stimmen der beiden koalitierten Parteien beschlossen hatte, zu sabotieren.

Durch all das war aber die Koalition mit den Christlichsozialen, die unentbehrlich gewesen war, um unmittelbar nach dem Zusammenbruch die völlige Anarchie zu vermeiden und das Uebergewicht der Arbeiterklasse wirksam zu machen, für uns nicht nur wertlos, sondern direkt schädlich geworden. Im Juni d. J. sprengten wir die Koalition, unsere Vertreter verließen ihre Ministerposten und nun wäre es an den bürgerlichen Parteien gewesen, die Regierungsgewalt und damit auch die Verantwortung vor der Bevölkerung zu übernehmen. Da sie sich entschieden weigerten, es zu tun, so blieb nichts andres übrig, als Neuwahlen auszusprechen.

Die Christlichsozialen sind als die stärkste Partei in das neue Parlament eingezogen, aber auch jetzt bangte ihnen gewaltig davor, allein die Regierung zu bilden. Hatten sie doch während des Wahlkampfes ihren Wählern das Blaue vom Himmel versprochen, für den Fall, daß sie zur Macht kämen. Kein Wunder, daß sie nun, da es gilt, ihre Versprechungen wahr zu machen, das lebhafteste Bedürfnis nach einem Prügelknaben empfinden, dem sie die Schuld dafür aufstehen könnten, wenn sie den Wählern eine Enttäuschung um die andre bereiten müßten. Aber weder die Sozialdemokraten noch die Großdeutschen haben sich bereit gefunden, die Rolle des Prügelknaben zu übernehmen. Während aber nun die Sozialdemokratie in die schärfste Opposition zur Koalition getreten ist,

mächtigen die Großdeutschen zwar sehr gern auch als Oppositionelle, insbesondere aber als feurige Anschließungs- und gute Republikaner gelten, können aber doch als bürgerliche Partei nicht umhin, die restaurationslästernen Christlichsozialen immer wieder gegen die Sozialdemokraten zu unterstützen. Durch diese zwei Seelen in ihrer Brust geraten sie sehr oft in schwerliche, mitunter auch in tödliche Lagen.

Die Christlichsozialen erhoben als stärkste Partei den Anspruch, einen der Ihren zum Bundespräsidenten zu machen. Die Großdeutschen wären vielleicht geneigt gewesen, diesen Anspruch zu respektieren, wenn ihnen die Regierungspartei einen annehmbaren Mann vorgeschlagen hätte. Die Christlichsozialen haben aber, seit sie zur Macht gelangt sind, die sonderbare Politik befolgt, ihre angesehensten Leute nicht auf Regierungsposten zu exponieren, um deren Prestige bei der Wählerschaft nicht den Zufällen ihrer demagogischen Regierungspolitik auszuliefern. Auch für den Posten des Bundespräsidenten hatten sie nur einen Siern minderer Güte auserkoren und dazu noch einen Mann, der als besonders reaktionär gilt und dessen Wahl darum die Großdeutschen doch nicht zu verantworten haben wollten. Die Folge davon war, daß die Wahl des Präsidenten am 8. Dezember dreimal hintereinander ergebnislos verlaufen ist. Jede Partei hatte für ihren eigenen Kandidaten gestimmt. Von den 215 abgegebenen Stimmen entfielen auf den Christlichsozialen Dr. Kluncker 101, auf den Sozialdemokraten Selig 85 und auf den Großdeutschen Dr. Dinghofer 29 Stimmen. Der Vorsitzende unterbrach die Versammlung, um den Parteien Gelegenheit zur Vereinbarung zu geben. Als aber die Bundesversammlung nach sechs Stunden wieder zusammentrat, hatte ein vierter Wahlgang das gleiche Ergebnis wie die vorhergegangenen. Es mußte wieder eine Unterbrechung eintreten. Erst am Abend des nächsten Tages trat die Bundesversammlung noch einmal zusammen. Mittlerweile war zwischen den beiden bürgerlichen Parteien eifrig verhandelt worden.

Die Sozialdemokraten hatten sich für an der Sache uninteressiert erklärt. Sie hatten in den vier stattgefundenen Wahlgängen ihre Stimmen auf Selig vereinigt, der bisher Präsident der Nationalversammlung und dadurch Repräsentant der Republik gewesen war. Am Tage vor der Wahl aber hat Selig in der Presse bekanntgegeben, daß er nur als Kandidat seiner Partei fungieren, eine etwa auf ihn entfallende Wahl aber nicht annehmen würde. Das Endergebnis war, daß sich die beiden bürgerlichen Parteien in letzter Stunde auf einen Mann einigten, der nicht nur keiner der beiden Parteien angehört, sondern überhaupt dem politischen Leben bisher ferngestanden ist.

Die meisten der Abgeordneten der beiden bürgerlichen Parteien, die ihn wählten, hatten Dr. Michael Hainisch noch niemals gesehen. Persönlich bekannt war er bis dahin nur einem großen Teil der Sozialdemokraten, die gegen ihn stimmten, nicht weil er ihnen etwa unsympathisch wäre, sondern weil sie überhaupt entschlossen waren, seinen Präsidenten zu wählen.

Hainisch übertrug nicht nur geistig und moralisch die bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten, die vor ihm in Betracht kamen, um ein Bedeutendes, sondern gehört zu den Besten von den Männern, die aus dem Wiener Bürgertum hervorgegangen sind und auch in seinen Reihen geblieben sind. Mußte es doch viele seiner Begabtesten, wie Viktor Adler, Wilhelm Ellenbogen, Ludo Hartmann und Otto Bauer, an die Sozialdemokraten abgeben.

Michael Hainisch ist den älteren unter uns sehr wohl noch aus den neunziger Jahren bekannt. Er begründete damals mit unsern bereits verstorbenen Freunden Bernerstorfer und Wittelschöfer die Wiener Fabian-Gesellschaft, die dann durch eine Reihe von Jahren einen schon längst Mittelpunkt für die Wiener sozialistischen Kreise bildete. Er hat sich bedeutende Verdienste um das Wiener Volksbildungswesen erworben und hat auch einige vielbeachtete Schriften über soziale, besonders Bevölkerungsfragen veröffentlicht. Sein deutschnationales Empfinden ist zu stark, als daß er jemals hätte den Weg in unser Lager finden können. Er stand uns damals näher wie jeder andere Partei, hat sich aber keiner jemals angeschlossen. Seit er in späteren Jahren ein großes Landgut erwarb und sich insoweit eingehend mit der Agrarfrage befaßte, ist er immer mehr in agrarisch-individualistische, ja sogar christlichsoziale Gedankengänge geraten.

Bei dem Empfang, den er unmittelbar nach seiner Wahl abhielt, hat sich Hainisch dahin geäußert, daß er es als seine Aufgabe ansehen würde, zwischen den Parteien versöhnend zu wirken. Welcher Erfolg dürfte ihm dabei kaum beschieden sein.

Wie die Dinge heute in Oesterreich liegen, ist vielmehr mit einer stetigen Verschärfung der Klassengegenstände und auch der Parteikämpfe mit Sicherheit zu zählen. Die Entscheidung in diesen Kämpfen hängt aber durchaus nicht in erster Linie von der Regierung und schon gar nicht von dem machtlosen Präsidenten ab, sondern von der internationalen Lage und der Haltung der Arbeiterparteien in den westlichen Ländern.

Die Entwaffnungskonferenz.

Nach der neuesten Pariser Meldung wird die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Frankreichs, Englands, Italiens und Belgians zur Beratung über die Entwaffnung Deutschlands und anderer schwöbender Fragen der hohen Politik am 19. Januar in Paris stattfinden. Die französische Regierung hatte bekanntlich zunächst den 7.—12. Januar vorgeschlagen, hat aber schließlich dem Wunsche Englands nachgeben müssen, das die Frage vorher eingehender studieren will. Erst nach den Pariser Beratungen sollen die Verhandlungen in Brüssel wieder aufgenommen werden.

Der Londoner Korrespondent des Temps erklärt, das englische Ministerium sei der Ansicht, man müsse sich hüten, die deutsche Regierung zu schwächen, die zwischen der doppelten Gefahr einer militärischen und einer bolschewistischen Revolution hin und her schwankt. Es liege im eigenen Interesse der Alliierten, daß Deutschland genügend stark bleibe, um sich im Innern und nach außen hin gegen den Bolschewismus zu verteidigen. Die englische Regierung neige einer mittleren Lösung zu, die darin bestehe, die Verminderung der deutschen Bürgerwehren zu verlangen, aber nicht ihre Auflösung.

Das Urteil über die verbrecherische Orgeschpolitik der deutschen Reichsregierung wird durch die Tatsache, daß ihr Bolschewisten-ähnlicher Eindruck auf die englische Regierung gemacht hat, nicht geändert. Es ist durchaus nicht ausgemacht, daß England mit seiner Auffassung durchdringen wird — die Konferenz von Paris kann auch jetzt noch Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland beschließen, die die schwersten Leiden über die deutsche Bevölkerung bringen und die Existenz des Reiches in Frage stellen können. Die

Verminderung der bayrischen Einwohnerwehren, die England fordert, wird zudem kaum leichter durchzuführen sein, als die völlige Entwaffnung und Auflösung. Herr v. Raß, der in diesen Tagen nach Berlin reisen soll, wird die Herren von der Reichsregierung darüber wohl nicht im Zweifel lassen.

Was es mit dem bekannnten Verschleierungsversuch der Reichsregierung über die Forderung der Ruhrbergarbeiter auf sich hat, zeigt eine Erklärung der rechtssozialistischen Rheinischen Zeitung, die mit aller Bestimmtheit sagt, daß die Bergarbeiter entschlossen seien, die Bayern nötigenfalls zur Entwaffnung der Einwohnerwehren zu zwingen und daß sie dies in ihrer Unterhaltung mit dem Reichsminister des Innern auch erklärt hätten. Durch diese Erklärung sei auch die Reise des bayrischen Ministerpräsidenten v. Raß nach Berlin veranlaßt worden.

Bemerkenswert ist übrigens, daß die Münchner Neuesten Nachrichten am 5. Januar schreiben: Würden die Bergleute im Ruhrgebiet nicht belogen und verheßt und wüßten sie, daß Bayern mit der Orgesch nichts zu tun hat, so würde für sie kein Grund zur Erregung bestehen. Das, was zusammengezogen und aus durchsichtigen Grüblen geholt wird, bringt aber die Verwirrung unter die Bergleute.

Das schreibt ein angeblich demokratisches Blatt! Das edle Organ benutzt den formalen, nicht tatsächlichen Unterschied zwischen Orgesch und den bayrischen Einwohnerwehren, um die Bergleute als das Opfer von Lügen hinzustellen. Es weiß dabei ganz genau, daß die Haltung Bayerns in der Einwohnerwehrfrage die Bergleute des Ruhrreviers mit der französischen Besetzung bedroht. Jämmerlicher ist wohl noch niemals eine schlechte Sache zu verteidigen versucht worden.

Freispruch im Freiheit-Prozess.

Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die gestrigen Verhandlungen vor der Strafkammer des Landgerichts I gegen den verantwortlichen Redakteur der Freiheit, den Genossen Liebschütz, bewiesen wieder einmal, mit welcher Beistimmtheit die Staatsanwaltschaft zu Werke geht, wenn es sich um Anklageerhebung gegen die linksradikale Presse handelt. Der Vorwärts hatte bei der Kritik dieser Anklage vom Ausdruck bringen müssen, daß nur ein Staatsanwalt, der sehr wenig zu tun habe, oder aber vor Ueberhaftung nicht mehr wisse, was er tue, diese Anklage erheben könne. Der Genosse Liebschütz war unter Anklage gestellt, weil die Debatte über die Behandlung der 3. Internationalen in der 4. Fortsetzung des Stoekerschen Artikels Wendungen gebraucht hatte, die „Aufreizung zum Klassenhaß“ und zu gewaltsamen Aktionen bedeuten sollten.

Der Chefredakteur Kusche der Berliner Volkszeitung, der als Sachverständiger vernommen wurde, erklärte, daß eine Aufforderung zu irgend welchen Aktionen schon deshalb völlig ausgeschlossen erscheine, da die Unabhängige Partei sich ja durch die Auseinandersetzungen in einem völlig trostlosen Zustande befunden habe, der sie jeder Aktion unfähig machte. Auch hätte sich niemand durch diese vier so überaus langweilig geschriebenen Artikel zu Aktionen hinstellen lassen. Die Erhebung der Anklage hat allgemeine Ueberraschung in journalistischen Kreisen hervorgerufen. Auch der Genosse Hilsenring erklärte, daß es sich um politische Auseinandersetzungen, nicht aber um irgendwelche Aufreizung gehandelt habe.

Der Staatsanwalt beantragte 300 M. Geldstrafe. Nach kurzem Plädoyer der Genossen Dr. Kurt Rosenfeld und Boening verurteilte das Gericht nach dreiviertelstündiger Beratung das freisprechende Urteil mit der Begründung, daß der § 21 des Preßgesetzes, der die strafbare Handlung des Redakteurs umfaßt, nicht, falls der Verfasser des Artikels bekannt ist, in Anwendung gebracht werden sei. Vom § 130 war keine Rede mehr.

Die Freisprechung des Genossen Liebschütz ist also aus einem formalen Grunde erfolgt. Der Beantwortung der Frage, ob die theoretischen Auseinandersetzungen in dem Stoekerschen Artikel wirklich als eine Aufreizung im Sinne des § 130 ausgelegt werden könnten, ist das Gericht klugerweise ausgewichen. Indes ändert der Freispruch nichts an der Tatsache, daß schon die Erhebung der Anklage durch die Staatsanwaltschaft einen Skandal darstellt. Wir haben gewiß kein großes Vertrauen zu den Richtern des Klassenstaates, aber wir glauben trotzdem, daß das Gericht auch bei einer Prüfung der materiellen Seite der Anklage zu einem Freispruch hätte kommen müssen.

Um so tönischer wirkt das Geschrei, das die Kommunisten in der roten Fahne aus Anlaß des Prozesses erhoben haben. Weil der Vorwärts verlangt hatte, daß sich Stoeker als Verfasser des Artikels dem Gericht stellen sollte, hatte die rote Fahne über eine niederträchtige Denunziation gezittert. Dabei hätte Stoeker diese selbstverständliche Pflicht um so leichter erfüllen können, als er ja obendrein als Abgeordneter zunächst vor einer Strafverfolgung geschützt ist. Moralisch war Stoeker unbedingt verpflichtet, sich selbst zu stellen, weil er ja wußte, daß der verantwortliche Redakteur Liebschütz den Stoekerschen Artikel in der Erfüllung einer Parteipflicht gegen seine eigene Ueberzeugung aufgenommen hatte. Aber derartige moralische Verpflichtungen erkennen die revolutionären Kommunisten nicht an. Diese wahrhaft revolutionären Kämpfer erheben lieber ein großes Klagegeschrei über die angebliche Denunziation, das um so lächerlicher wirkt, als der Verfasser des Artikels ja ohnehin bekannt war. Tapfere kommunistische Helden!

Eine Regierungskrise in Braunschweig.

Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In Braunschweig ist eine unerwartete Regierungskrise ausgebrochen. Bei der Beratung einer Regierungsvorlage, die eine Vermehrung der staatlichen Sicherheitspolizei um 200 Mann verlangt, lehnten die rechtsstehenden bürgerlichen Parteien aus gewissen Grüblen überhaupt ab, während die Fraktion der Demokraten die Bewilligung von der Einsetzung eines Kontrollausschusses abhängig machte, der eine sichere Gewähr für eine parteipolitisch einwandfreie Zusammensetzung der Sicherheitspolizei bieten müsse. Da auch die kommunistischen Abgeordneten mit der Regierungsvorlage, die überhaupt mit der gegenwärtigen rein sozialistischen Regierung nicht auf besonders freundschaftlichem Fuße stehen, stellte nach längerer Aussprache der Ministerpräsident im Auftrage des Gesamtministeriums die Vertagung des Landtages auf Antrag der unabhängigen Fraktion wurde die Abstim-

muna bis heute ausgesetzt. Das Schicksal der rein sozialistischen Regierung wird heute jedenfalls durch die Stellungnahme der A. u. K. in den kommunistischen Abgeordneten entscheidend. Sollten dagegen die Neu-Kommunisten sich der Abstimmung enthalten, so wären die beiden bürgerlichen Parteien und die sozialistischen Fraktionen gleich stark. In diesem Falle würde voraussichtlich der erste, dem Landtagswahlverband angehörige Landtagspräsident die Entscheidung zugunsten der gegenwärtigen Regierung abgeben.

Dank an die Marburger Studenten.

Nachdem der Freispruch der Marburger Studenten — wenn auch nur wegen angeblichen Mangels an Beweisen — auch vom bürgerlichen Gericht erfolgt ist, soll nun auch die Regierung gezwungen werden, den Studenten für die Ermordung der 15 unschuldigen Thaler Arbeiter ihren Dank abzugeben. Der Rektor und eine Deputation der Universität Marburg erlassen eine längere Erklärung, in der es u. a. heißt, daß die öffentlich gegen die Studenten erhobenen Beschuldigungen auch ebenso öffentlich zurückgenommen werden müßten. Dann erklären Rektor und Deputation wörtlich:

„Und wenn den Studenten von den Stellen der jetzigen Regierung, durch welche sie wiederholt und dringend zur Mithilfe gebeten worden waren, der Dank bisher vorenthalten worden ist, so wollen wir, die akademische Behörde, die mit den schwersten Entschlüssen der Studentenschaft, von neuem ihr Leben (oder nicht das der 15 Opfer? Anmerkung der Redaktion) für das Vaterland einzusetzen, aus nächster Nähe hier mitbestimmen, ihnen wenigstens den unsrigen auszusprechen.“

Nicht nur die Deutsche Zeitung, sondern auch die akademischen Behörden der Marburger Universität erfreuen sich, die Schandtat „unser braven Jungen“ zu verherrlichen, um vor aller Welt zu dokumentieren, daß die Marburger Hochschulelehrschaft genau so wie die in den übrigen deutschen Universitätsstädten von der sittlichen Höhe der neufantastischen Schule, die von Marburg ihren Ausgangspunkt genommen hat, auf das Niveau der Deutschen Zeitung herabgesunken ist. Daß der Rektor einer deutschen Universität den traurigen Mut aufbringt, einmenschlichen Mordern, die ihre Opfer brutal mißhandelt und verhöhnt, ehe sie ihnen den Garau machen, und nach der blutigen Tat mit kommentarlosem Gebrüll Kraum abzuziehen, seinen Dank auszusprechen, ist ein sprechender Beweis dafür, daß die Bourgeoisie, deren Eitelkeit und geistigen Ausbruch die Universitäten darstellen, bis ins Mark verfaulen und sittlich verkommen ist. Der Totengräber wartet schon, aber das Proletariat wird nicht nur Totengräber, sondern auch Träger einer neuen Sittlichkeit, welche die der Rektoren und Professoren abzulösen haben wird.

Die Tschecho-Slowakei für den Anschluß Österreichs an Deutschland.

Der qualvolle, unaufhaltsam fortschreitende Verfall Oesterreichs löst auch bei den Gegnern des Anschlusses an Deutschland die Ueberzeugung heranreifen, daß dieser unglückselige Staat, dem die Ernährungs- und Kohlengrundlage fehlt, nur durch den Anschluß an das große deutsche Wirtschaftsgebiet vor dem Hungertode gerettet werden kann. Nur die wahnsinnige Nachtpolitik Frankreichs und seine Angst vor der Erstarzung Deutschlands stemmt sich dieser Notwendigkeit entgegen. Aber selbst die Tschecho-Slowakei, die als Vasall Frankreichs ins Leben gerufen wurde, wendet sich in dieser Frage, wie vorher schon in vielen, von der französischen Politik ab. Obwohl für die Tschecho-Slowakei der Anschluß Oesterreichs an Deutschland eine Umfassung von drei Seiten durch deutsches Gebiet zur Folge haben würde, drängt sie das Interesse an der Erhaltung ihres wichtigsten Wirtschaftspartners an die Seite der Anschließungsfrage, wie die folgende Meldung beweist:

Der Prager Korrespondent der Berliner Tagesblätter legt in einem ausführlichen Artikel dar, daß man jetzt in tschecho-slowakischen Regierungskreisen den Widerstand gegen einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland aufzugeben beginne. Feind dem Gedanken eines Donausundes und durchaus abhold dem neu-aufgetauchten Plane eines Wirtschaftsbindnisses zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei, vertrat bereits am 16. Dezember der Prager Vertreter der tschecho-slowakischen Regierung in der Londoner Times die Auffassung, Oesterreich sei nach der Ueberzeugung Prags nur durch den Anschluß an Deutschland zu helfen. Man hat offenbar eingesehen, daß die nachbarliche Lage durch Friedens- und andre Verträge nicht hinweggeföhrt werden kann, daß Tschechiens Wohlergehen nicht wenig auch von dem Wohlergehen Oesterreichs abhängt und daß dieses in der Tat nur durch den Anschluß an Deutschland gefördert werden kann. Ob man auch in den französischen Regierungskreisen sich einmal zu dieser Erkenntnis emporschwingen wird, bleibt abzuwarten. Aber auch wo die Entente sich stellt, die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland ist doch nur eine — weil von der Notwendigkeit geborene — Frage der Zeit.

Kommunistische Methoden.

In der Groß-Berliner Bezirksversammlung Halle'scher Thor haben die Kommunisten am letzten Freitag eine Probe ihrer kommunalpolitischen Methoden gegeben. Wir lesen darüber in der Freiheit:

Bei Beginn der Verhandlungen machten sich sofort einige Zuhörer recht unliebsam bemerkbar. Als von bürgerlicher Seite zu den kommunistischen Anträgen Uebergang zur Tagesordnung beantragt wurde (mit dem Hinweis, daß diese Anträge bereits in der Stadtverordnetenversammlung erledigt wären), setzte sofort ein großer Krakeel ein.

Bergeblisch ermahnte der Vorsitzende, Genosse Kraay, um Ruhe. Ihm wurde antwortend: „Hast du auch schon was zu sagen?“ Als der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen wurde, erhob sich ein furibunder Tumult.

Die bürgerlichen Parteien stimmten geschlossen und ein Teil der Rechtssozialisten für den Antrag. Unsere Genossen konnten durch den Skandal nicht feststellen, wie abgestimmt wurde und sie enthielten sich der Stimme, wodurch jedoch am Abstimmungsresultat nichts geändert wurde. Dieses schlug dem Faß den Boden aus. Ein Teil der Zuhörer drang bis zu den Seiten der Bezirksverordneten vor, um handgreiflich zu werden; jedoch war die Freiheit bei den Vertretern der direkten Aktion größer, als die Handlung, denn als der Vorsitzende, von der Unmöglichkeit der Weiterverhandlung überzeugt, die Sitzung losmachte, zogen sich die Radaubilder mit Stöden und Käufen brohend und schimpfend zurück, um nach Umwerfen von Bänken den Saal zu verlassen. Vorher hatte Genosse Stadtrat Weiss mit mehreren Genossen vergeblich versucht, die erregten Zuhörer zu beruhigen, jedoch wurde Weiss auf das gemeinste beschimpft. Während des ganzen Krakeels haben die 5 kommunistischen Bezirksverordneten lächelnd den Taten ihrer Anhänger zu.

Unser alter Genosse Zubeil wurde mit Ausdrücken wie „Alter Arbeiterträger“, „Lump und Stroß“ belegt, er mußte sich schleunigst drücken, um Täuschlichkeiten zu entgehen.

Zwei andre Genossen wurden auf dem Heimwege von einer Horde Howbies überfallen. Man schlug in einer dunklen Seiten-gasse auf unsere Genossen ein und versuchte sie zu Fall zu bringen; jedoch hierbei haben einige Angreifer unsere Denzettel erhalten. Der Uebermacht wegen mußten sich unsere Genossen schleunigst aus-

...ziehen und in der beleuchteten Bühnenstraße zerstreuten sich die Ringer der Propaganda der Tat. Und das nennen die Kommunisten sozialistische Arbeit in der Gemeinde.

Wo sind die Kohlen hingekommen?

Aus Berlin kommt eine offenbar von Amtsseite herrührende Meldung, die wie mit Blicklicht gewisse Zustände Deutschlands beleuchtet. Danach ist die nach dem Abkommen von Spa an die Entente zu liefernde Kohlenmenge im Dezember durch die entstandenen Transportschwierigkeiten hinter der Pflichtmenge um 262 000 Tonnen zurückgeblieben. Das Lieferungslof betrug bis zum 27. Dezember 1 002 000 Tonnen. Davon sind geliefert worden nur 1 430 000 Tonnen. Außerdem ist aus der Zeit vom August bis November noch ein Rückstand von insgesamt 8 000 000 Tonnen nachzuliefern. Beim Umladen sind ferner verloren gegangen 225 000 Tonnen, so daß sich für August bis November ein Gesamtrückstand von 305 000 Tonnen ergibt. Für die Wiederaufnahme der Pariser Verhandlungen sind von der deutschen Regierung neue Vorschläge eingereicht worden, die hinter der bisherigen Pflichtmenge zurückbleiben. Ueber die genaue Höhe der in diesen Vorschlägen vorgeschlagenen Lieferungs Mengen ist bisher nichts Näheres bekannt.

Wo sind nun die 225 000 Tonnen Kohlen hingekommen, die beim Umladen angeblich verloren gegangen sind?

Kommunistischer Aufruf zu den preussischen Landtagswahlen.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die rote Fahne veröffentlicht den Wahlauf ruf der KPD zur preussischen Landtagswahl, in dem es heißt, daß die Wahlen durch die Stimmenabgabe für die kommunistische Partei eine große Kundgebung gegen die bürgerliche Gesellschaft, den Kapitalismus, gegen die Rechtssozialisten und gegen „die Schwantenden, durch ihre Halbheiten konterrevolutionär wirkenden Rechtsunabhängigen“ werden möchte.

Die Unabhängige Sozialdemokratie wird diesen Phrasen schon widerstehen können.

Der Parteitag in Tours. Die Schlusssitzungen.

Tours, den 31. Dezember 1920.

Nachdem die Frage der Internationale entschieden war, konnten Annehmer und Ablehner der Bedingungen Moskaus in getrennten Sitzungen den Kongreß schnell beenden. Während die Linke aber ihre Sitzungen sofort fortsetzte, tagten Mitte und Rechte zunächst noch getrennt. Erst am gestrigen Nachmittag traten diese beiden Richtungen im Rathaus von Tours zusammen und besiegelten vor aller Öffentlichkeit den am Vormittag zustande gekommenen Pakt. Dieser war keineswegs das Ergebnis langwieriger Vorverhandlungen, sondern er ergab sich vielmehr ganz als natürliche Folge der durch die Abstimmung am Vortage geschaffenen Lage. Unter allen Umständen müßte ein weiteres Zerfallen der Partei aufgehalten werden. Dieses Gebot war von beiden Seiten anerkannt. Alle wußten, daß nach dem Ausschluß des linken Flügels nur die läutliche Geschlossenheit der beiden anderen Richtungen die sozialistische Bewegung in Frankreich vor ihrer völligen Auflösung behüten könnte.

Deutlich betonte die Mitte in diesen Verhandlungen, daß sie keineswegs einen Rechtskurs walden werde. Die Rechte stimmte durch Blum rüchlos zu.

Absdann schritt der Kongreß zu den sich aus der Lage ergebenden praktischen Fragen verwaltungs technischer und organisatorischer Art. Einstimmig und unter großen Beifallsbezeugungen wurde zum Generalsekretär Genosse Paul Faure, der neben Conguet und Mistral zu den bedeutendsten Genossen des Zentrums gehört, gewählt.

Absdann wird in einer Abend Sitzung folgende Entschliefung einstimmig angenommen:

Der Kongreß solidarisiert sich mit den von der Partei nach Bern entsandten Delegierten und beschließt die Teilnahme von der am 22. Februar in Wien stattfindenden Internationalen Konferenz.

Zentralleitung und Kontrollkommission der Partei werden ernannt. Als Parteipraktik soll vorläufig der von Conguet herausgegebene Populaire gelten. An Jules Guesde, den alten Führer der französischen Partei, der leider dem Kongreß nicht beizuwohnen konnte, richtet der Kongreß ein herzliches Begrüßungstelegramm. Nachdem noch ein vom Genossen Maneras verfaßtes wirkungsvolles Manifest an die französischen Arbeiter zur Verteilung gekommen war, schloß Genosse Mistral, welcher die Abend Sitzung leitete, den Kongreß mit folgenden, starken Beifall auslösenden Worten:

„Wenn wir auch die hinter uns liegenden Ereignisse bedauern müssen, so können wir doch die Hoffnung hegen, daß jene, welche das Haus niemals hätten verlassen dürfen, zurückkehren werden. Die Spaltung hat uns Kräfte nicht zerstört. Dessen können wir uns verlässlich sein. Alle diejenigen, welche seit langen Jahren unter der roten Fahne des Sozialismus kämpfen, sind, obgleich sie sich gelegentlich durch Richtungsstämpfe voneinander entfernten, heute wieder brüderlich vereint.“

Unter Abklingen der Internationale trennten sich die Delegierten.

Es war Unverständnis, daß nach den vielen vorausgehenden Reden auf dieser Schlusssitzung das Bestreben vorherrschte, sich mit kurzen bestimmten Erklärungen zu befassen. Aber einmal doch, als der Deputierte Paul Boncour einige mahnende Worte an den Kongreß richtete, fußte man sich aus der Atmungskühle trockener Verhandlungen emporgetragen. Paul Boncour führte etwa aus:

„Wir haben einen Führer gehabt, den wir liebten, bewunderten und dem wir folgten: Jaurès. Jaurès war ein großer Spiegel, der alle das Universum bildenden Punkte widerspiegelte. Diesen Spiegel hat eine Revolventen in tausend Stille zerbrochen. Jeder einzelne von uns ist ein Stück dieses Spiegels. Durch Zusammenfassung aller unsrer Kräfte wird es uns gelingen, das Werk von Jaurès fortzusetzen und zu verwirklichen.“

Von diesen Worten tief ergriffen, brachten die Delegierten begeisterte Hochrufe auf Jaurès aus. Die andern eingeseichneten Redner, unter ihnen Marcel Sembat, verzichteten aufs Wort.

Die Schlusssitzung der neuen Kommunisten trug den Stempel der Würdigkeit und behäbiger Zufriedenheit. Auch sie widmeten sich vornehmlich internen und untergeordneten Fragen.

Zum Generalsekretär wurde Frossard gewählt. Durch Namensaufruf wurde festgestellt, daß von den 66 Abgeordneten nur 12 zur kommunistischen Richtung gehören.

Ein vorgelaptes Manifest soll durch Anschlag in ganz Frankreich verbreitet werden. In diesem Manifest heißt es u. a., daß die Partei ihre Vergangenheit, eines Baboos, der Männer von 1848 der Kommune und des großen Führers Jean Jaurès würdig bleiben müsse. Durch diese Anrufung Jaurès haben die französischen Kommunisten selbst ihre Blöße gewiesen. Sie bezuzen sich vor den Massen auf einen Toten, dem sie selbst durch ihre Entscheidung einen Fußtritt verleiht haben und der von Moskau nicht minder als Agent der Bourgeoisie bezeichnet worden wäre als Jean Conguet und seine Freunde.

Das rote München gegen Spigel-Pöhner.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Freiheit meldet aus München: Der Münchner Stadtrat sollte heute den Fußstap zu den Kosten der Polizeidirektion München bewilligen. Da aber zu befürchten ist, daß Pöhner erhebliche Mittel für Spigelbüchse verwenden, beschloß der Stadtrat, die Bewilligung der Mittel solange auszusetzen, bis ein genauer Nachweis für die Verwendung der Gelder erbracht ist.

Einpruch gegen die Behandlung Deutscher in Eupen und Malmédy.

Berlin, 8. Januar. (L. B.) Die Reichsregierung hat bei der belgischen Regierung Einspruch erhoben gegen eine Verordnung des belgischen Oberkommandos für die Kreise Eupen und Malmédy, wonach die Personen, die sich nach dem 1. Januar 1914 in den beiden Kreisen niedergelassen haben, binnen einem Monat erklären müssen, ob sie die belgische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, andernfalls sie die Kreise binnen einem weiteren Monat zu verlassen haben.

Ein amerikanisches Urteil über Deutschland.

Baag, 8. Januar. (L. B.) Der Korrespondent der New Yorker Tribune veröffentlicht einige Mitteilungen über die Eindrücke, welche Senator Mc.Cormick in Deutschland gesammelt hat. Cormick erklärte, Deutschlands größte Sorge sei die Diskrepanz. Er glaube nicht, daß Deutschland in den nächsten 20 Jahren in der Lage sein werde, einen neuen Krieg zu führen. Cormick hat seine Beweise zu Gunsten einer Mildererung Elia-Bohringsens feststellen können, aber er glaubt, daß die Zuweisung Oberschlesiens an Deutschland über die Befestigung des europäischen Friedens sehr wichtig sei. Deutschland würde damit auch in die Lage versetzt, Rohmaterialien zu bekommen, die es braucht, um wieder arbeiten zu können.

Die Fortsetzung der Brüsseler Finanzkonferenz.

Brüssel, 8. Januar. Wie die Agence Belge mitteilt, wird die Sachverständigenkonferenz ihre Verhandlungen voraussichtlich am 17. oder 20. Januar wieder aufnehmen. Die Verschiebung erfolgt auf Veranlassung der französischen Delegation, die den Wunsch ausgesprochen hat, nicht in der durch die bevorstehende Tagung des Obersten Rates geschaffenen Atmosphäre zu beraten.

Um die obereschlesische Abstimmung.

Die Kommissare Frankreichs, Italiens und Englands für Oberschlesien haben das Abstimmungsreglement nunmehr bekanntgegeben. Die wichtigste Bestimmung ist, daß zur Teilnahme an der Abstimmung jede Person ohne Unterscheid des Geschlechts berechtigt ist, die am 1. Januar 1921 das 20. Lebensjahr vollendet hat, und in dem Gebiet, in dem die Volksabstimmung stattfindet geboren ist, oder seit dem 1. Januar 1904 oder früher den Wohnsitz im Abstimmungsgebiet hat oder, wie es in dem Reglement heißt, von der deutschen Regierung ausgewiesen ist. Geisteskranke oder entmündigte Personen sind vom Stimmrecht ausgeschlossen.

Dann folgt die Einteilung in 4 Kategorien: a) in Oberschlesien Geborene und in diesem Gebiete Wohnende, b) in Oberschlesien Geborene aber hier nicht Wohnende, c) außerhalb Oberschlesiens Geborene, die seit 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt in diesem Gebiete wohnen, d) außerhalb Oberschlesiens Wohnende, die im Abstimmungsgebiet am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, diesen aber infolge Ausweisung durch die deutsche Behörde nicht beibehalten haben.

Die Abstimmung wird gemeindeweise vorgenommen. Gutsbezirke, die weniger als 100 Einwohner zählen, werden Nachbar Gemeinden angegliedert. Die zwischen 100 und 600 biden Wahlbezirke für sich, erhalten aber keinen paritätischen Ausschuß und kein eigenes Wahlbureau. Die Gutsbezirke mit mehr als 600 Einwohnern sind vollberechtigte Wahlbezirke. Zur Vorbereitung der Abstimmung wird festgesetzt, daß am 14. Januar die dreiwöchige Frist für die Eintragung in die Stimmrollen beginnt. Am 8. Februar, 8 Uhr abends, ist Schluß der Eintragung und Beginn der Auslegung der vorläufigen Stimmrollen. Am 17. Februar, 8 Uhr abends, läuft die Frist für die Einreichung von Einsprüchen ab, am 3. März, 6 Uhr abends, die für die Entscheidungen des internationalen Bureaus über die Einsprüche. Die Wahltage werden später bekanntgemacht. Personen, die nach dem 1. Oktober 1920 ihren Wohnsitz geändert haben, müssen selbst umgehend Sorge tragen, daß sie in der Gemeinde eingetragen werden, in der sie zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz haben. Die in Oberschlesien Geborenen, aber dort nicht wohnenden Personen, sowie die außerhalb Oberschlesiens geborenen, dort oder seit dem 1. Januar 1904 oder früher wohnenden Personen haben an den paritätischen Ausschuß der Gemeinde, in welcher sie ihr Stimmrecht auszuüben beabsichtigen, ein eigenhändig unterschriebenes, von ihnen persönlich ausgehendes Geluch nach einem bestimmten Muster einzureichen, dem die verordneten Ausweis-papierre beizufügen sind. Die ersteren haben dem Eintragungsgeluch außerdem zwei Exemplare eines vor kurzer Zeit ausgenommen und von den Gemeinde- oder Polizeibehörden ihres jetzigen Wohnortes gestempelten und bescheinigten Lichtbildes beizufügen, von denen eines zur Aufstellung des Personal ausweises verwendet wird, der bei der Einreise in Oberschlesien als Paß und Jobann als Stimmliste zu dienen hat. Ihr Geluch hat weiter die genauen Angaben ihres letzten Wohnsitzes im Abstimmungsgebiet, sowie die Angabe der Zeit, zu welcher sie das Gebiet verlassen, zu enthalten. Es hat alle zum Ausweis ihrer Interessen erforderlichen Angaben, sowie mit Ausnahme von Fällen, wo dies offenbar nicht möglich ist, die Bezeichnung zweier oder mehrerer in ihrer Geburts Gemeinde oder in Ermangelung solcher in einer anderen Ortschaft Oberschlesiens wohnender Personen, deren Identität sie bezeugen können, zu enthalten. Die außerhalb Oberschlesiens Geborenen, die dort seit dem 1. Januar 1904 oder früher wohnen, haben sich über die Dauer und Beständigkeit ihres Aufenthalts in Oberschlesien auszuweisen.

Die Verordnung enthält also noch nichts über getrennte Abstimmungen der in und außerhalb Oberschlesiens wohnenden Stimmberechtigten, sie läßt aber die Möglichkeit zur Anordnung zu solcher Maßnahme zu. Da das Reglement von Wahltagen spricht, scheint die doppelte Abstimmung schon fest in Aussicht genommen zu sein. Die deutsche Regierung hat eine Note nach Paris gerichtet, worin sie gegen diese Absicht entschieden protestiert. Es heißt in der Note, daß das Prinzip der Einheitlichkeit des Aktes sowohl dem Orte und der Zeit nach, das dem Friedensvertrag zugrunde liegt, durch die getrennte Abstimmung verletzt werde. Dann heißt es weiter:

„Ebenso wenig aber wird auf diesem Wege der Zweck erreicht, die Abstimmung frei, geheim und uneingeschränkt zu machen; denn bei einer zeitlich getrennten Abstimmung werden selbst die sorgfältigsten Vorkehrungen, wie z. B. die Verregelung der Wahlurnen für die Zwischenzeit, nicht verhindern können, daß Teilergebnisse der ersten Abstimmung vorzeitig bekannt werden und dadurch die zweite Abstimmung beeinflussen. Uebrigens kann bei den gegenwärtig in Oberschlesien herrschenden Zuständen eine vollkommene Sicherung sämtlicher Wahlurnen kaum gewährleistet werden. Unter solchen Umständen aber würde das Geheimnis der Wahl preisgegeben und einer unterschiedlichen Bewertung der Stimmen, die im Widerspruch mit dem Friedensvertrag steht, Tür und Tor geöffnet werden. Durch die getrennte Abstimmung werde zudem die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung nicht gefördert. Nach Vollziehung der ersten und in Erwartung der zweiten Abstimmung wird sich die Bevölkerung in hochgradiger Erregung befinden. Diejenigen, die bereits abgestimmt haben, werden alles daransetzen, das erhoffte Ergebnis nicht durch die zureisenden Oberschlesier beeinträchtigt zu lassen. Die Letzteren werden daher ganz besonders Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sein. Die Beforgnis vor Gewaltthaten ist um so begründeter, als es bis jetzt

nicht gelungen ist, dem terroristischen Verbrechertum, das in Oberschlesien immer klüner und rücksichtsloser sein Haupt erhebt, wirksam zu steuern.“

Die deutsche Presse Oberschlesiens bezeichnet die Abstimmungsordnung als ihre schärfsten Besorgnissen noch übertreffend. Die größte Ungerechtigkeit sei, die Festsetzung des Stichtages für das Abstimmungsrecht der nicht in Oberschlesien Geborenen auf den 1. Januar 1904. Dadurch würden die deutschen Stimmberechtigten schwer benachteiligt. In keinem Lande der Welt werde ein solcher Zeitraum für den Erwerb der Staatsangehörigkeit gefordert, in den meisten genüge eine Höchstfrist von 5 Jahren.

Der Oberschlesische Kurier hatte eine Meldung veröffentlicht, wonach Polen der deutschen Regierung den Verzicht auf Oberschlesien angeboten haben sollte gegen eine Entschädigungszahlung, Kohlenlieferungen usw., da es wegen der bevorstehenden holländischen Offenbarung von Unterstützung brauche. Eine hochschlesische Persönlichkeit aus Warchau sollte dieses Angebot bei einem Besuch beim Reichspräsidenten gemacht haben. Eine Wolfrmeldung erklärt das für Unsin, das Angebot könne schon deswegen nicht gemacht worden sein, weil jener angebliche Besuch gar nicht stattgefunden habe.

Einschränkung der Versammlungsfreiheit in Oberschlesien.

Breslau, 8. Januar. In Oberschlesien dürfen nach einer neuen Anordnung der internationalen Kommission öffentliche Versammlungen nur dann abgehalten werden, wenn sie 48 Stunden vorher dem Kreisontrollleur schriftlich angezeigt worden sind. Der Kreisontrollleur ist berechtigt, eine Versammlung zu untersagen oder aufzulösen, wenn die öffentliche Ordnung es erfordert.

Vorbereitungen für den internationalen Kongreß in Wien.

Wien, 4. Januar. Wie die Arbeiterzeitung meldet, tritt die von der Berner Vorkonferenz eingesetzte Kommission zur Durchführung der Vorarbeiten für die Wiener Internationale Konferenz am 8. Januar zu einer mehrtägigen Beratung in Innsbruck zusammen. Bisher sind Ledebour (Berlin), Welkhan (Manchester) und Grimm (Wien) angemeldet. Aus Tours ist ein Telegramm eingetroffen, in dem der einstimmige Beschluß des Kongresses mitgeteilt wird, sich mit einem Delegierten der Partei an der Internationalen Konferenz in Wien zu beteiligen. Auch aus zahlreichen Ländern sind Anmeldungen von Delegierten für die Wiener Konferenz eingetroffen.

Spaltung der luxemburgischen Sozialdemokratie.

Frankfurt a. M., 5. Januar. Wie die Frankfurter Zeitung aus Luxemburg meldet, hat der luxemburgische sozialdemokratische Parteitag mit 97 gegen 21 Stimmen den bedingungsweisen Anschluß an die dritte Internationale angenommen. Die Extremisten, die mit 21 Stimmen den bedingungslosen Anschluß beantragt hatten, traten aus der Partei aus und bildeten eine neue: die kommunistische Gruppe Leninscher Richtung. Klara Zetkin erschien auf dem Parteitag in Differdingen und trat für den bedingungslosen Anschluß ein.

Bevorstehender Abschluß des englisch-russischen Handelsvertrags.

London, 4. Januar. Eine amtliche Meldung besagt: Der Handelsvertrag zwischen England und Rußland liegt zur Unterszeichnung bereit. Einige technische Schwierigkeiten werden sich binnen kurzem überwinden lassen. Sir Robert Horne und Krassin sind auf einem gemeinsamen Standpunkt angelangt, welcher unbedingt zu einer Verständigung führen wird.

Mobilisierung rumänischer Truppen?

Paris, 3. Januar. Einige Abendblätter verbreiten ein Radio-telegramm aus Wien, sechs rote Divisionen seien nach einer Depesche aus Bukarest am Onjepr verarmt. Der König von Rumänien habe infolgedessen die Jahrestaxen 1914 und 1915 unter die Waffen gerufen. Jonecu habe die Leitung der Eisenbahnen übernommen. Die Eisenbahner seien militarisirt worden. Journal des Débats gibt diese Nachricht wieder und erklärt, sie sei noch nicht bestätigt, kluge aber nicht unwahrscheinlich.

Bevorstehender Rücktritt des französischen Kabinetts.

Paris, 5. Januar. Die Liberté spricht heute abend von der Möglichkeit, daß das Kabinet Laguesse nach den Gewahlen für den Senat zurücktreten werde. Das Blatt glaubt, daß Laguesse mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden wird. Auf alle Fälle werde Laguesse das Portefeuille des Auswärtigen beibehalten und auch seinen neuen Minister des Innern und seinen neuen Kriegsminister ernennen. Echo de Paris bestätigt, daß Ministerpräsident Laguesse sich mit dem Gedanken trage, mit mehreren seiner Mitarbeiter zurückzutreten. Er wolle, sobald das Parlament zusammengetreten ist, die Vertrauensfrage stellen.

Kommunistenprozesse in Prag.

Prag, 31. Dezember. Der Benkov berichtet, daß die Prozesse gegen die Kommunisten Mitte Januar stattfinden werden. Von den 1300 Verhafteten sollen ungefähr 60 Prozent aus der Haft entlassen werden, weil sie keine strafbaren Handlungen unternommen haben. Gegen die Minister des geplanten Ansturzes und Angriffes gegen die Republik soll das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet werden. Der Prozeß soll vor dem Schwurgericht durchgeführt werden.

Gegen ein Parlament von Zeligowskis Gnaden.

Kowno, 2. Januar. Die gesamte weißrussische und südbalische Bevölkerung Mittelstaurens hat in großen Kundgebungen erklärt, daß sie sich an den Wahlen in das von General Zeligowski einberufene Parlament nicht beteiligen werde.

Von Nah und Fern.

Das Schiffungslied bei Billagarcia. Paris, 5. Januar. Zu dem Schiffsbau der Santa Isabel bei Billagarcia wird noch gemeldet, daß sich das Unglück gegen 2 Uhr nachts ereignete und die Passagiere im Schlaf überfallen. Das Schiff wurde auf die Klippen geschleudert und sank sofort, da es vollkommene in zwei Teile geschnitten worden war. Das Meer hat zahlreiche Leichen an die Küste gewälzt. Nach den letzten Berichten hatte das Schiff 240 Passagiere und 70 Mann Besatzung an Bord. Die Zahl der bis jetzt Geretteten beträgt 58.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Feilchner in Leipzig.

Verantwortlich für den Interatenteil:

Friedrich Willer, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdrucker-Atliene-Gesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



Morgen Freitag beginnt unser

Inventur-Ausverkauf

Was bedeutet unser Inventurausverkauf für Sie?

Eine hervorragende Gelegenheit, unsere gute

Herren-, Jünglings- u. Knabenkleidung

mit einem Nachlaß

40%

bis zu zu erwerben.

Sie kennen die Reellität und Großzügigkeit unserer Firma wissen, daß wir Sie gut bedienen haben deshalb die Gewähr vorteilhaften Einkaufs.

Wir bitten Sie um Beachtung unserer Schaufenster oder noch besser, Sie besuchen uns; wir machen uns ein Vergnügen daraus, Ihnen unsere Vorräte ohne jede Kaufverpflichtung zu zeigen.

Gebr. Manes Leipzig Reichsstr. 11

— Ecke Salzgässchen —

Spezialhaus für gute Herren- und Knabenkleidung



Billigste Gelegenheiten!
Wachstuche
Tischdecken, Tassen usw.
Linoleum
Tapeten
B. Nestler, Eisenbahnstr. 99
an der Elisabethstr.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

L.-Connwitz. Turnverein Borwirts. Sonnabend, den 8. Januar, abends 7 Uhr, im Gambinus **Generalversammlung.** — Turngenossen, erscheine pünktlich und zahlreich. Heute Donnerstag, 7 Uhr, **Turnerhauptversammlung** bei Teubert.
Freitag, den 7. Januar, **Turnratsführung** bei Teubert.

L.-Gutrisch. Turnverein Borwirts. Sonnabend, den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Lindenhof, **Weihnachtsbesetzung der Turnerrinnen-Abteilung.**

Sonntag, den 16. Januar, nachm. Punkt 1/4 Uhr, **Generalversammlung** im Saale der Sängerkapelle. Alles nähere siehe Einladungszeitel. D. T.
L.-Gohlis. Turnverein L.-Nord. Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Mühlau-Ausgang **Generalversammlung.** — Alles muß anwesend sein. **Der Turnrat.**

Gautsch. Neuer Turnverein. Sonnabend, 8. Januar, abends 8 Uhr, im Trompeter. **Generalversammlung** im Alten Galthof. Da sehr wichtige Tagesordnung, ist es Pflicht daß sämtliche Turngenossen erscheinen. **Der Turnrat.**

Großschoher. Turnverein. Freitag, 14. Jan., kleiner Saal, **Generalversammlung.** Pünktl. und zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Turnrat.**
Freitag, den 7. Januar, wichtige **Funktionsführung** im "Wiraburger". Alle Funktionäre müssen erscheinen. **D. D.**

Leutzsch. Turnverein Jahn. Sonntag, den 9. Januar, nachm. 1/3 Uhr, **Generalversammlung** im Schwarzen Jäger, kleiner Saal. — Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Turnrat.**

Markranstädt. Freie Turnerschaft. E. T. Sonntag, abends, den 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr, **Generalversammlung** in der Turnhalle. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Neuwahlen. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. Anträge sind bis 12. Jan. beim Vorsitzenden einzureichen. Unser **Musikfest** findet am 21. Januar in der Guten Quelle statt. **Freundschaft** ladet ein. **D. T.**

Stötteritz. Turnbund. E. T. Unsere **Generalversammlung** findet nunmehr wegen Lokalschwierigkeiten erst am Mittwoch, 12. Januar, abends 7 Uhr, im Oberhof (Deutsches Haus) statt. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Beitragsrechnung. 3. Turn- und Sportplanaangelegenheiten. 4. Neuwahlen. 5. Anträge. 6. Jahresprogramm. 7. Bezirksturntag. 8. Verschiedenes. — Ab 8 Uhr erfolgt die **Ausgabe der Platzkarten.** Anträge müssen bis Freitag, den 7. Januar, schriftlich eingereicht sein. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Turnrat.**

Schönau. Turnverein. Sonntag, den 9. Januar, nachm. 3 Uhr, **Generalversammlung.** Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. **D. T.**

Wahren. Turnverein. Freitag, den 7. Januar, nach dem Turnen, **Generalversammlung.** Betrifft die am Sonntag, den 15. Januar, stattfindende **Christbesetzung.** Um zahlreichen Besuch bittet D. T. **Fußball-Abteilung.** Sonnabend, 8. Januar, **Christbesetzung (Kleine Birke).**

L.-West. Freie Turnerschaft. Mittwoch, 12. Jan., 7 Uhr **Generalversammlung** in Stadt-Lügen. Tagesordnung: 1. Berichte der Verwaltung. 2. Neuwahl. 3. Anträge. 4. Bezirks- und Bundestag. 5. Kreis- und Bundesfest. 6. Verschiedenes.

Radfahrer-Bund Solidarität

Abt. Zentrum. Jeden Sonnabend nach dem 1. im Monat **Generalversammlung** im Bürgergarten, Brüderstraße. **Der Vorstand.**

Abt. Ost. Sonntag, den 9. Januar, nachm. 3 Uhr, **Generalversammlung** beim Gen. Band, Bernhardtstraße 26.

Abt. L.-Stütz. Freitag, den 7. Januar, abends 7 Uhr **Generalversammlung** im Landhaus.

Samariter-Vereine

Kolonie Leipzig. Sonntag, 9. Jan., nachm. 2 Uhr, im Volkshaus, **Generalversammlung.** Tagesordnung: 1. Protokoll - Berleien. 2. Bericht des Gesamtvorstandes. 3. Erhöhung des Beitrages. 4. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 5. Verschiedenes.
Eintritt gegen Mitgliedsbuch oder Aufnahmeschein.

Achtung! Kollegen, wo gehen wir Sonntag hin? Zur **Kaninchenschau Naunhof**

Achtung, Rotschlächterei! Ernst Glomb, Großschocher Hauptstraße 72, Tel. 41065 empf. ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Speisekartoffeln frostfrei, handverlesen, mehlreich und wohl schmeckend verkauft ab Lager und frei Keller **Leopold Fricke,** Lindenau, Wielandstr. 13. Telefon 43483.

Zentralverband prolet. Freidenker
Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig
Sonntag, den 10. Januar, vormittags 1/9 Uhr, im Volkshaus (Gesellschaftssaal)
Außerordentliche Mitglieder - Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Karl Weh über: **Gründung einer Feuerbestattungskasse.**
2. Aussprache hierüber.
3. Beschlussfassung über die Gründung.

General-Versammlung der neu gegründeten Feuerbestattungskasse
Tagesordnung: 1. Statutenberatung.
2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren.
Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Mitgliedschaft kann am Saaleingang erworben werden.
Die vorbereitende Kommission: J. U.: K. Otto.

U.S.P.D. Gross-Leipzig
Frauen und Mädchen vom Osten!
Morgen Freitag, den 7. Januar, abends 1/8 Uhr, **Diskussionsabend** in der Grünen Aue, Bernhardtstr. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Großschoher-Windorf. Freitag, 7. Januar, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Galthof zum Trompeter. Tagesordnung: 1. Vortrag über Sozialisierung. Ref.: Genosse **Ryssel.** 2. Diskussion. 3. Gemeinbeanlagenangelegenheiten. 4. Vereinsangelegenheiten.
Sonntag, den 9. Januar, **Kasperlevorstellung** für die Kinder der Mitglieder in der Schule. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

U.S.P.D. Eilenburg
Freitag, abends 1/8 Uhr, **Mitgliederversammlung** in der Quelle. Tagesordnung: Die bevorstehenden Wahlen. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Ortsverein Liebertwoltwitz
Freitag, den 7. Januar, abends 8 Uhr: **mitglieder-Versammlung** im Galthof zum Schwarzen Koh. Tagesordnung: 1. Gemeinderatsbericht. Referent: Genosse A. Schirmer. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Achtung! Verband der Steinseher
Achtung!
Bilale Leipzig.
Die **Versammlung** findet nicht wie in der gestrigen Anzeige irrlichlicherweise angegeben, um 7 Uhr, sondern **bereits 1/6 Uhr** im Volkshaus, Zimmer 9, statt. **Der Vorstand.**

Algäuer Butter
ist nicht freigegeben, dagegen empfehle **la. hochf. frische Tafel-Margarine . . Preis 15 Mk.**
la. hochf. frische Schmelz-Margarine Preis 18 Mk.
Versand in Postkollan an Geschäfte und Private, Verpackung und portofrei Nachnahme.
Th. Feneberg, Kempfen, Algäu.

Familien-Nachrichten

Nach langem schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden verschied am Dienstag, dem 4. Januar 1921, im 52. Lebensjahre mein innigst geliebter treuerorgender Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Fr. Karl Metzger.
Leipzig, den 4. Januar 1921.
Die trauernde Witwe
Emilie Metzger geb. Lolbe nebst Kindern.
Beerdigung: Freitag, den 7. Januar, nachmittags 1/3 Uhr, auf dem Nordfriedhof.

Wiederum haben wir den Tod eines lieben Mitarbeiters und Kollegen zu beklagen. Am Dienstag früh verschied nach jahrelangem, schwerem Leiden unser früherer Werkführer und Kollege, Herr
Karl Metzger
im 53. Lebensjahre.
Tief und schmerzhaft betrauern wir den Tod dieses braven, fleißigen und treuen Mannes. Seit 22 Jahren hat er uns mit Umsicht, Schaffensfreude und leitender Eingabe an seinen Beruf zur Seite gestanden, stets war er uns ein lieber und aufrechter Kollege. Er wird in unserem Gedächtnis so fortleben.
Franke & Vahl, Inh. Otto Franke
zugleich im Namen des Personals.

Während den langen Leidestagen, dem frühen Hinscheiden und anschließend der Bestattung unseres teuren unvergesslichen Entschlafenen, des Gesangs- und Musiklehrers
Emil Salzer
sind uns überaus zahlreiche Beweise der Liebe und Anteilnahme zuteil geworden, wofür wir allen hierdurch herzlich danken.
Besonderen Dank den vier Salscherischen Chören, dem Veitertischen Gesangsverein sowie der verehrten Frau Fabrikbesitzerin Weiß (ehemalige Schülerin) für ihre Opferfreudigkeit bis zum letzten Tage.
Was der Verehrte der Musikwelt sowie der bildenden Sangeskunst gewesen, haben die Herren Vereinsvorsitzenden durch ihre dem Toten am Sarge so trefflich gewidmeten ehrenden Worte dargestellt. Wer unseren Lieben als Mensch gekannt, wird seinen schmerzlichen Verlust ersehen.
Leipzig, Soubienstraße 3.
In tiefem Weh Die trauernden Hinterbliebenen
Elsa Salzer geb. Naundorf und **Rinder Heinz** und **Eva Bäckermeister G. Naundorf** und **Familie, L.-Döben Kreisbaumelster Dipl.-Ing. Göza Salzer u. Frau, Edmerda Rechtsanwält Dr. Böhla Salzer** und **Frau, Budapest Rechtsanwalt Dr. Ernst Salzer** und **Frau, Wien Arnold Tauber** und **Frau Louise geb. Salzer, Wien.**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. Januar.

Parteiangelegenheiten.

Neuschönfeld. Freitag, den 7. Januar, abends 7 Uhr, Funktionärssitzung im Sophienschlößchen. Erscheinen aller ist Pflicht.

Ortsverein Leipzig-Centr. Heute abend 8 Uhr Funktionärssitzung im Feldschlößchen. Theaterkarten werden in Zukunft in der Volkszeitungsfiliale ausgegeben.

Südbezirk. Freitag, abends 7 Uhr, wichtige Funktionärssitzung im Stern, Köhlig.

Außerer Südbezirk. Alle Gemeindevertreter und Funktionäre von Zwenkau, Köschlar, Zornitz und Zschwitz werden ersucht, sie am Sonnabend, dem 8. Januar, abends 1/2 8 Uhr, im Goldenen Adler zu Zwenkau stattfindende Ortsvereinsversammlung vollständig zu besuchen. Der Bezirksleiter.

U. S. P. D. Eilenburg. Freitag, abends 1/2 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der Quelle. Tagesordnung: Die bevorstehenden Wahlen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

USP. Elternräte. Bezirksversammlung der Volksschulen 1 bis 10, 22, 40a und 41 am Sonnabend, dem 8. Januar, abends 7 Uhr im Volkshaus. Wichtige Tagesordnung. Nur USP-Mitglieder sind eingeladen. Unentschuldig Fehlende werden den Ortsvereinsvorständen gemeldet.

Die Sitzung der Frauenagitationskommission findet am Sonnabend, dem 8. Januar, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 3, statt. Die Vertrauensperson.

Achtung, Gewerkschaften!

Die vom Gewerkschaftsrat herausgegebenen Gutscheine auf Kinderwäsche verfallen am Sonnabend, dem 8. Januar 1921.

Ein Sprung ins Dunkle.

Um einen voraussichtlichen Fehlbetrag von 18 Millionen bei der Straßenbahn zu vermeiden, wurde gestern im Stadtverordnetenkollegium eine abermalige Erhöhung der Fahrpreise einer Vorlage des Rates entsprechend beschlossen. Die Preise sind nunmehr folgende:

1. Fahrtscheine für unmittelbare Fahrten 80 Pfg. 2. Fahrtscheine für Umsteigefahrten 1 Mk. 3. Schülerkarten für Schüler bis zum 15. Lebensjahr (nur an Werktagen für Fahrten zwischen Schule und Wohnung mit Fahrtantritt bis 8 Uhr abends gültig) monatlich 18 Mk. 4. Fahrtscheine für Kinder vom 4. bis zum 10. Lebensjahr (gültig für Fahrtantritt bis 9 Uhr abends an allen Tagen, ohne Sonntagzuschlag) 50 Pfg. 5. Knippskarten für 8 ein- oder zweifache Fahrten 6 Mk. 6. An Zuschlägen wird erhoben: für alle Fahrten mit Fahrtantritt von 9 Uhr abends ab 30 Pfg. für alle Fahrten an Sonn- und Wochentagen 20 Pfg. Für Schwer- kriegsbeschädigte sollen die bisherigen Bestimmungen weiter bestehen bleiben.

Eine Neueinrichtung, die von weiten Kreisen der Bevölkerung zwar mit Freude begrüßt werden wird, deren Wirkung aber noch gar nicht vorausgesehen werden kann - der Referent hege die Hoffnung, sie ganz treffend als einen Sprung ins Dunkle - ist die Einführung von Wochentagen zu 12 Fahrten mit Umsteigeberechtigung für Arbeiter, Angestellte und Beamte mit einem Einkommen bis zu 20 000 Mk. zum Preise von 7.50 Mk.

Nach einem Probeversuch soll der Rat dem Kollegium Bericht über die finanzielle Wirkung geben. Vorläufig schätzt der Rat den durch die Einführung der Wochentage entstehenden Ausfall auf mindestens 5 1/2 Millionen Mk. In zweieinhalbstündiger Debatte brachten trotz eingehenden gründlichen Beratungen in den Ausschüssen eine Anzahl bürgerliche Redner ihre großen und kleinen Schmerzen zum Vortrag, so daß Gen. Zornack mit vollem Recht sein Erstaunen über den unverstehbaren Redestrom zum Ausdruck bringen konnte. Ja, wenn der Redestrom Kraftstrom gewesen wäre - auf Jahrzehnte hinaus hätte Leipzig wieder über die billigste Straßenbahn verfügt! Die Abstimmung brachte am Ende doch unter Ablehnung aller Anträge die Annahme der Ausschlußbeschlüsse. Nur ein Antrag, die Wiedereinführung von Anrechtstagen, wurde vom Rat zur Erwägung überwiesen.

Während Herr Bollerhof aus den vielen Niederlagen etwas gelernt zu haben scheint und statt seiner gewohnten Paute gegen die Verabschiedung dieses nur eine ganze Menge Einzel- einwendungen vorbrachte, klammerte sich Herr Börner wieder einmal mit seinem Kampf gegen den „Klassenrat“ und mit seiner Forderung nach vermehrter Arbeitsleistung. Pfarrer Jeremiaas forderte in aller Gemütsruhe eine Vermehrung der Arbeitszeit um nur 20 Prozent - aber nicht für die Pastoren; deren Arbeit sollen bekanntlich zu einem großen Teil die Volksschullehrer erledigen.

Da kein vernünftiger Mensch die beiden deutschennationalen Kämpen ernst nimmt, würdigte sie die Stadtverordnete Schumann, die kommunistische Zelle im Kollegium, einer Antwort, die allerdings dem Niveau entsprach. Auch sonst war es gerade nicht der Weisheit Sonig, der aus dieser Zelle floß. Sie forderte die Herren Mehrheitssozialisten und Unabhängigen“ auf, mit der Sozialisierung der Kohlenbergwerke ernst zu machen, da der teure Strom an dem Defizit schuld sei und deshalb billige Kohlen geschafft werden müßten. Sehr schön! Da aber der Strom ungefähr 8 Millionen kostet, würde die Straßenbahn, selbst wenn sie ihn geschenkt bekäme, immer noch ein 10-Millionen-Defizit haben. Wenn man zwei Jahre Stadtverordnete ist, sollte man schon etwas mehr gelernt haben als Worte machen.

Ein Beschluß, den Königsplatz 6 Jahre lang durch eine Textil- mehlfabrik zu verschönern, wurde bei gänzlicher Teilnahmslosigkeit des Kollegiums angenommen. - Dann machten zwei kleine Eingaben in Schulsachen den Schluß.

Bei Beginn der Sitzung gedachten der Vorsteher und der Oberbürgermeister der Verdienste, die Stadtverordnete Pohlenberg in seiner 25jährigen Tätigkeit um die Stadt erworben hat und brachten ihm unter allgemeinem Beifall die Glückwünsche der Kollegien dar, die der Jubilar mit freundlichen Dankworten entgegennahmen.

In der vorausgegangenen gemeinschaftlichen Sitzung wurden die Geschenke für die Ratsmitglieder bewilligt, nachdem die beiden sozialistischen Fraktionen eine Erklärung abgegeben hatten, daß die wiederholte Mißachtung wichtiger Stadtverordnetenbeschlüsse und das reaktionäre Verhalten des Rates anlässlich des Kamp-

fes dieses sie nach wie vor veranlasse, ihr Mißraucensvotum aufrechtzuerhalten.

Die Bewilligung der Gehälter der Geistlichen an den Krankenhäusern wurde auf Antrag Kresslins verlagert und der Verfassungsausschuß beauftragt, in eine Prüfung der Beiträge einzutreten.

Arbeitslosendemonstration.

In vier gutbesuchten Versammlungen nahmen heute früh die Leipziger Arbeitslosen zu dem Antrag der vereinigten KPD. Stellung. Im Volkshaus sprach das Erwerbslosenratsmitglied Schildebach zu dem Antrag und betonte, daß die heutige Demonstration nicht nur für Leipzig, sondern, um dem Antrag der KPD. mehr Nachdruck zu verleihen, in ganz Sachsen stattfindet. Sollen die Demonstration wirkungsvoll verlaufen, ist es notwendig, daß dem Erwerbslosenrat unbedingt Folge geleistet und die größtmögliche Disziplin gewahrt wird. Der Landesauschuß, der jetzt nach Leipzig verlegt ist, hat alles versucht, die Not der Arbeitslosen zu lindern. Aber solange die kapitalistische Gesellschaft besteht, kann von einer Aufhebung der Arbeitslosigkeit keine Rede sein. Es ist aber notwendig, daß wenigstens versucht wird, die Notlage der Arbeitslosen zu mildern. Daher seien der Landesauschuß und die Fraktion der KPD. überreitet worden, folgender Antrag an den Landtag zu stellen.

- Zur augenblicklichen Linderung der Not der Erwerbslosen fordern wir: 1. eine sofortige Beihilfe von 400 M. für ledige und 600 M. für verheiratete Erwerbslose; 2. Erhöhung der bestehenden Sätze um 100 Prozent; 3. Keine Anrechnung der Renten auf die Erwerbslosenunterstützung; 4. Zahlung der vollen Erwerbslosenunterstützung an alle Erwerbslose für die Dauer ihrer Erwerbslosigkeit; 5. Die Mittel für die Erwerbslosenunterstützung sind von den Unternehmern auf dem Wege des Umlageverfahrens, nach Größe der Betriebe, aufzubringen.

Wenn die Regierung sagt, sie kann die Forderungen nicht erfüllen, so kann sie doch der Beihilfe zustimmen. Wenn sie für das Budget Mittel zur Verfügung stellen konnte, so muß sie es auch für das ganze Land tun können. Der Arbeitslosenrat fordert von den Arbeitslosen demonstrativ für ihre Forderungen einzutreten und sich geschlossen an der Demonstration zu beteiligen.

Zu den Ausführungen fand keine Diskussion statt. Den Forderungen und der Demonstration wurde zugestimmt. Die Demonstration bewegte sich um den Promenadenring nach der Kreishauptmannschaft, dem Rathaus und der Amtshauptmannschaft nach dem Reichsgerichtspalaz. Delegationen forderten vom Kreishauptmann, dem Rat und dem Amtshauptmann, die Forderungen der Arbeitslosen zu unterstützen. Die Jüge aus den Versammlungen sammelten sich vor dem Reichsgericht, wo Genosse Hirschmeier bekanntgab, daß die Kreishauptmannschaft erklärt habe, für die Forderungen mit Nachdruck bei der Regierung einzutreten. Mit einem Hoch auf die proletarische Revolution fand die Demonstration ihr Ende.

Wie ein Proletarier zum Dieb wird.

Man schreibt uns: Als Mitglied der Kinderbeschulungskommission wird ich der Öffentlichkeit einmal zeigen, wie ein Prolet zum Dieb wird. Ich habe unter meinen Schülern einen Jungen, der bei einem fleißigen Schmiedemeister in der Lehre ist. Ihm wird von seinem Meister das Zeugnis eines braven, willigen und ehrliebenden Menschen ausgestellt; doch er sei geistig nicht auf der Höhe. Die Familie ist ohne Vater, sehr kinderreich und arm. Nun besucht der Junge die Fortbildungsschule, und da wird ihm des öfteren aus- gegeben, sich einen Zirkel anzuschaffen. Die Mutter ist selbstver- ständlich nicht in der Lage, einen solchen Gegenstand zu kaufen. Der Junge wird eines Tages von seinem Meister zu einem Herrn Engelmann, Wagenseherfabrikant in Crotzig, geschickt, um dort eine geschäftliche Bestellung zu machen. Da steht der Junge einmal einen Zirkel. Er kann der Verführung nicht widerstehen und steckt den Zirkel ein. Der Diebstahl wird alsbald entdeckt und der Zirkel dem Besohlenen wieder angestrichelt, und der schwächliche Junge erhält von Herrn Engelmann eine Tracht Prügel. Der Herr war hierzu unter keinen Umständen berechtigt. Mit sozialem Empfinden scheint dieser Herr Engelmann in keiner Weise be- fähigt zu sein; denn er bekam es fertig, den Besohlenen wegen Dieb- stahls zur Anzeige zu bringen, was geradezu unerhört ist. Der arme Junge wurde auch noch gerichtlich bestraft, wenn auch nur mit einem Verweis. Nun endlich, nachdem das Kind wieder einmal in den Brunnen gefallen, deckt man ihn zu, und der Junge bekommt von der Schule einen Zirkel. Es wird die höchste Zeit, daß die alte sozialdemokratische Forderung erfüllt wird: Gewäh- rung unentgeltlicher Lehrmittel. Aber das heißt es immer, es sei kein Geld vorhanden. Aber 40 Millionen nach Amerongen schädel für einen Menschen, der die halbe Welt ins Unglück gestürzt hat, dazu ist Geld in Masse da. Ich frage: Wer gehört auf die Anklage- bank? Die Antwort ist nicht schwer. Es ist einfach empörend wenn so ein armer Tropf, der mein Klassengenosse ist, auf diese Art zum Dieb wird und dadurch sein ganzes Leben lang geschändet ist. Wenn die Parole herausgegeben wird, man müsse „vor- sehugend wirken“, so ist das durchaus richtig und zu beherzigen; aber dann ist es auch unbedingt erforderlich, daß die nötigen Mittel bereitgestellt werden, um solche traurige Vorkommnisse zu verhindern. Meiner Meinung ist es die höchste Zeit, daß die heutige kapitalistich- gesellschaftsordnung verschwindet und an ihre Stelle der Sozial-ismus tritt.

Der Deutsche Fleischergefellensbund.

fürzlich von den an chronischem Mitgliederchwund leidenden Fleisch-Dunderschen Verbänden liebevoll aufgenommen, ist seiner alten Tradition, dem Streikbündel, die er schon vor dem Kriege als Deutschnationaler Fleischergefellensbund pflegte, treu geblieben. Diese von Innungs- und Meistergebern ausgehaltene Organisation hat nur den einen Zweck, den organisierten Fleischer-gefallen bei ihren Kämpfen in den Städten zu helfen. In den beiden Streiks, die die Leipziger Fleischergefallen in diesem Jahre zur Eringung besserer Löhne führen mußten, waren die Gelben zum Streikbruch bereit. Daß sie ihn nicht durchführen konnten, schaltete an der Geschlossenheit der Schlachthofgefallen. Wollen so die Gelben von der organisierten Arbeiterkraft nichts wissen, so sehen sie doch die Arbeiterkraft, wenn selbstständig geworden, gern als Kundenschaft. Ein solcher Herr, der in der Bekämpfung des Zentralverbandes der Fleischer an hervorragender Stelle stand, der die jüngeren Kollegen mit allen Mitteln in seiner Eigenkraft als Lehrlingsausbilder der Fleischerinnung terrorisierte, ist der Fleischmeister Richard Kressle, der das Geschäft des Fleischer- meisters Winter, Stötterich, Papiermühlstraße 33, übernommen hat. Die organisierte Arbeiterkraft von Stötterich weiß also, wer der neue Inhaber der Winterischen Fleischererei ist. Es ist Ehrensache der

organisierten Arbeiterkraft, daß sie ihre Einkäufe in den Geschäften bezieht, in denen sie gern gesehen wird.

Zentralverband der Fleischer, Ostseestraße Leipzig. Hotel Viktoria, Zimmer 58/57.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Ausbau der Walderholungsstätte. Bewilligt wurde unter gewisser Voraussetzung eine Beihilfe in Höhe von 50 000 Mk. und 25 500 Mk. an die Vereinigung zur Krankenfürsorge zum Ausbau der Walderholungsstätte in Stötterich. Für Zwecke der Kleinkinderfürsorge wurden 100 000 Mk. nachbewilligt.

Der Antrag zur Steuerordnung für die Stadt Leipzig wegen der Erhöhung der Stadtgrundsteuer und der Antrag zur Kirchensteuerordnung wegen der Erhöhung der Kirchengrundsteuer wurden genehmigt.

Übernahme der Speisereiseabfuhr. Nachdem die städtische Speisereiseabfuhr erklärt hat, ihren Betrieb nicht mehr fortführen zu können, beschloß man, die Geschäfte bis auf weiteres durch die Stadt selbst weiter zu betreiben.

Eigenwirtschafung der städtischen Güter. Auf Vorschlag des Güteramtes wurde beschlossen, das Wirtschaftsjahr der in Eigenwirtschafung befindlichen städtischen Güter auf die Zeit vom 1. April bis 31. März (zur Zeit 1. Juli bis 30. Juni) zu versetzen.

Kraftwagenbetrieb der Desinfektionsanstalt. Einverständnis wurde damit erklärt, daß bei der städtischen Desinfektionsanstalt der Kraftwagenbetrieb allmählich eingeführt wird.

Beihilfen zum Ankauf von Gasmarken. In der Sitzung vom 14. Juli 1920 haben die Stadtverordneten beschlossen, dem Rat die Eingabe des Arbeitslosenrates vom 28. Juni 1920 wegen Ermäßigung des Gaspreises für Arbeitslose und Minderbemittelte zur Kenntnisnahme zu überweisen. Der Rat teilt jetzt den Stadtverordneten mit, daß nach einem Beschluß des Verwaltungsrats für die städtischen technischen Werke das Gaswerk als werbendes Unternehmen aus prinzipiellen Gründen nicht in der Lage ist, dem Erwerb des Arbeitslosenrates zu entsprechen. Auch die Erwerbslosenunterstützungsfrage könnten zur Zeit keine Erhöhung erfahren, da sie erst neuerdings wieder mit Wirkung vom 1. November v. J. erhöht worden seien. Um die Bezahlung der Gasrechnungen zu erleichtern, würden jetzt bei Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung auf Antrag Gasmarken an die Arbeitslosen verkauft. In Fällen besonderer Bedürftigkeit hat sich das Fürsorgeamt bereit erklärt, Beihilfen zum Ankauf von Gasmarken zu gewähren. Der Arbeitslosenrat sei mit dieser Regelung einverstanden und betrachte seine Ein- gabe als erledigt.

Ältern, Vormünder! Die Branchenleitung der Schmiede erklärt bei der Berufswahl eurer Söhne und Mündel folgenden Rat: Ein großer Teil der Lehrlinge ist schon während der Lehrzeit zur Aufgabe des Berufs gezwungen, teils durch unwürdige Behand- lung oder anderer Mißstände. Nur 10 Prozent der Schmiede- lehrlinge können nach der Zeitschrift der Schmiedemeister im Beruf bleiben, für alle übrigen ist es vergebene Zeit. Sie müssen nach der Lehrzeit sofort zu einer anderen Beschäftigung greifen. Außerdem ist aber die Lehrzeit noch verlängert worden. Eine dreijährige Lehrzeit ist, bei sachgemäßer Ausbildung, ausreichend. Nach der Entlohnung, die dann folgt, ist diese Zeit noch zu lang. Um vor Entlohnung zu schützen, ist vor Abschluß eines Lehr- vertrages Auskunft bei Berufskollegen zu holen im Volkshaus, Metallarbeiterbureau.

Der Kampf um das Minderheitenrecht. Der Leiter der Deutschen Liga für Völkerverbund in Berlin, Herr Johannes Tiedje, hält, wie man uns schreibt, in Leipzig am 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in Saale der Alten Handelsbörse (Nachmarkt) einen Vortrag über „Völkerverbund und Minderheitenrecht“, der von der Ortsgruppe Leipzig der Deutschen Liga für Völkerverbund ver- anstaltet wird.

ha. Wieder Marken, die auf Karten, aber nicht auf Briefen gelten. Deutsche Briefmarken, die auf Postkarten, aber nicht auf Briefen gelten, gibt es wieder seit Neujahr. Die Briefmarken der Reichspost zu 2, 2 1/2, 3 und 7 1/2 Pfg. werden seit der letzten Ge- bührenreduzierung nicht mehr gebraucht. Sie werden deshalb mit dem Ende des Monats August außer Geltung gesetzt. Man durfte sie aber nach wie vor auch noch im September zur Ergänzung von Postkarten verwenden. Bald darauf wurden aber die für ungültig erklärten Wertzeichen wieder für postwertig erklärt. Jetzt sind sie wiederum außer Kurs gesetzt worden, so daß es wieder Marken gibt, die auf Karten, aber nicht auf Briefen gelten.

ha. Anschwollen der Beleidigungsklagen seit Kriegsende. Eine überaus große Zunahme der Beleidigungsklagen hat das Ende des Krieges gebracht. Die Zahl solcher Klagen, die vor die Schieds- männer in Preußen gebracht wurden, hatten im Jahre 1915 126 768 betragen. In den beiden folgenden Jahren stiegen sie auf 115 524 und 104 665. Schon das Jahr 1918 brachte eine kleine Er- höhung auf 113 789. 1919 schwoll die Summe auf nicht weniger als 150 059 an. Dazu kommt, daß der größere Teil des Ober- landesgerichtsbezirks Marienwerder nicht mehr in Betracht kam. Auf ihn sowie den Amtsgerichtsbezirk Tiegenhof entfielen nur noch 1289 Klagen wegen Beleidigung. Zur Sühneverhandlung waren in 69 421 Fällen 1919 helbe Teile erschienen. Durch Sühneverricht mit Erfolg erledigt wurden 45 264 Fälle. An der Spitze steht der Kammergerichtsbezirk mit 24 494 Fällen, dann der Oberlandes- gerichtsbezirk Breslau mit 23 030 Fällen, dann 16 448 usw. Die Zahl der Schiedsmänner betrug Anfang 1920 17 396, ohne Marien- werder 17 242. Mit bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten werden sie nach wie vor wenig in Anspruch genommen. 1919 nur in 3008 Fällen.

Arbeiterlegitimationskarten für Ausländer. Sie betrifft eine Bekanntmachung im amtlichen Teile unseres Blattes, auf die hiermit verwiesen sei.

Kohlenausgabe für Erwerbslose. Da in den nächsten Tagen fast auf sämtliche Ausgabestellen wieder Briefkasten entfallen, müssen die Gutscheine unter der gegebenen Nummer in der Geschäfts- stelle Gerberstraße 3, Erdgeschoss Zimmer 2, vorher abgeholt werden. Nach Empfang der Nummern müssen die Gutscheine innerhalb 3 Tagen bei betretenden Angelegenheiten, andernfalls die Belieferung erst bei dem nächsten Eingang von Briefkasten erfolgen kann.

Der Arbeitslosenrat. Ido-Mittelsprache-Verein (Reform- & Esperanto) veranstaltet unentgeltliche Sprachkurse in der Frauenhochschule (Königsstraße, Zimmer 2). Beginn Freitag, den 7. Januar, abends 1/2 8 Uhr. Jeder ist willkommen. Ido-Bücher sind erhältlich in der Volks- zeitungsbuchhandlung.

Fleisch- und Wurstverkauf. Hoffmann, Wächterstraße.

Lebensmittellieferanten für Freitag, den 7. Januar.

Für Händler.

Falschensache: Bezugskartentnahme in der Bezugskartentstelle Nr. 1-1000 des Berechtigungsausweises.

Pollzeinachrichten.

Verhaftung. Die Kriminalpolizei nahm kürzlich einen Menschen fest, der durch sein Auftreten ihre besondere Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte. Der Festgenommene, der als Gentleman auf- trat, tat über seine Festnahme sehr erntet. Mit Gesicht und großer Hebegebendheit verstand er es, bei der Polizei den harm- losen und unschuldbigen Mann zu spielen, der noch unbestraft und mit der Polizei noch nicht in Berührung gekommen sein wollte;

postill, für die vielen öffentlichen, Kommissions- und Fraktions- sungen usw. bedingten eine viel höhere Entschädigung; dem Amtshauptmann soll eine diesbezügliche Erklärung zugehen. Dem Ortsgericht über die gesellschaftliche Vormundschaft wurde zugestimmt; endgültig soll später Beschluss gefasst werden. — In den Vorstand des Gemeindevorstandes für das Elektrizitätswerk Leipzig-Land wurde unser Genosse Emil Bedac-Engelsdorf gegen die Stimmen der hiesigen Vertreter gewählt. — Das Steuer- gesetz über die Besteuerung des reichersteuerfreien Einkommens wurde wie folgt umgeändert: die Besteuerung beginnt für Ledige ab 12 000 M., für Verheiratete ohne Kinder ab 18 000 M., für Verheiratete mit einem Kind ab 19 000 M., für Verheiratete mit zwei Kindern ab 20 000 M. Einkommen usw. steigend. — Es wurde dann beschlossen, noch weitere Richtlinien zur Strafen- beaufsichtigung zu fassen, und zwar von Eintritt der Dunkel- heit ab bis früh 6 Uhr. — Die Amtshauptmannschaft bietet größere Mengen Schmalz und kondensierte Milch den Gemeinden zum Vorratskauf an. Die hierbei in Erscheinung tretenden eigen- artigen Manipulationen und der Bureaukratismus zum Schaden der Bevölkerung veranlassten aber die Gemeindevertretung, dieses Angebot abzulehnen. Nur die von den Konsumenten wöchentlich angemessenen Mengen sollen abgenommen werden. — Zum Schluss der Sitzung nahm der Gemeinderat mit großer Entzückung Kenntnis von einem Schriftstück des Hausagars Leopold Steiner, der, das derselbe seinen Mietern als Neujahrsgruß zugehen ließ. Dieser Mann bringt es fertig, die Wohnungen in seinen vielen Grundstücken durchgängig um mehr als 100 Prozent mit sofortiger Wirkung ab 1. Januar zu steigern. Zur Begründung bemerkt er, der Wert seiner Grundstücke sei um 50 Prozent und die Steuerlast um das Vierfache erhöht. Er müsse diese ungeheure Steuerlast, welche lediglich durch die ungesunde Steuerpolitik der Gemeinde wiederholte verschuldet sei, auf seine Mieter umlegen, denn der Grundbesitz könne diese Steuerlast unmöglich tragen! — Dabei hat dieser Hauspacha die Erhöhung des Wertes seiner Grundstücke selbst festgelegt; die Einschätzungskommission hat sich seinen eigenen Sätzen angepaßt. Einem Mieter, welcher Rechenschaft von ihm verlangte, erklärte er: Ich denke ja überhaupt nicht daran, diese hohen Mietserhöhungen zu bekommen. Ich will nur die Ein- wohnerschaft gegen die Gemeindeverwaltung aufheben, um zu zeigen, was diese sozialistische Wirtschaftsweise für Segen bringt. Man soll wohl als Hausbesitzer überhaupt nichts mehr zu sagen haben? — Zugleich wurde aber in dem Schreiben bei Nicht- zahlung mit Klagen beim Mietelinspektorsamt gedroht. Natürlich glaubt auch eine Anzahl anderer Hauswirte in der gleichen Weise mit ihren Mietern umgehen zu können. Die rechtlich denkenden Einwohner mögen hieraus ihre Schlüsse ziehen und diesen Herr- schaften ganz gehörig entgegenzutreten. — Es folgte eine nicht- öffentliche Sitzung.

t. Leupisch. Aus dem Gemeinderate. Bei einer Revision durch den Verbandsrat ist die Kasse in Ordnung gefunden worden. Bei der Einlagerung von Kartoffeln, die als Referatbestände der Gemeinde dienen sollten, ist der Gemeinde Schaden entstanden. Herr Franke, der nicht nur die Art der Einlagerung, sondern diese überhaupt rügte, machte den Straßen- meister für den Schaden verantwortlich, was von diesem in einem Schreiben an den Gemeinderat bestritten wird. Zur Klärung dieser Angelegenheit wurde eine Kommission, bestehend aus den Herren Burk, Franke, Hilbert, Obersekretär Schnorr und Guts- beister Rieh als Sachverständiger, eingesetzt. Das Ersuchen des Reviervorstandes um Zurückstellung der Aufhebung der kirchlichen Gebührenunterstützung bei Beerdigungen von aus der Kirche Aus- geschlossenen bis nach der Einverlebung wurde abgelehnt. Für die Gemeindefürsorge wurden bis 31. März 1921 noch 200 M., nachbewilligt. Der Budgetertrag der Gemeinde mit dem Gastwirt Schäfer über das Grundstück, in dem sich die Bibliothek der Gemeinde befindet, wurde genehmigt. Die Budgetsumme beträgt 3000 M. jährlich. In dem Obergeschoss des Hauses werden zwei Wohnungen eingebaut. Der Vorschlag des Finanzaschusses zur Zulassenerhöhung wurde abgelehnt. Der Vorschlag ging dahin, die Besteuerung des steuerfreien Einkommens nur dann zuzustimmen, wenn die Steuer Einkommen von 18 000 M. bei Verheirateten, für jedes Kind 100 M. mehr, und für Ledige von 16 000 M. beginnen soll. Durch Ablehnung dieses Vorschlages ist die Zufah- rungssteuer überhaupt abgelehnt. Die Sparsparrechnung von 1919 wurde richtiggeprochen. Der Uberschuß des genannten Jahres betrug 264 995 M.

h. Engelsdorf. Gemeinderatssitzung. Bekannt- gegeben wurde das Ergebnis der letzten Viehzählung. Es waren vorhanden 90 Pferde, 159 Rinder, 479 Schweine, 21 Schafe, 478 Ziegen, 2580 Kaninchen und 4777 Stück Federvieh in 570 Haushaltungen. Beschlössen wurde die Einführung der gesellschaftlichen Vormundschaft. Dem Gemeinderat soll alljährlich eine Liste der betreffenden Kinder vorgelegt werden. Als Beisitzer in den Elektrizitätsverband Leipzig-Land wurde Genosse Betac gewählt. Eine Besteuerung des steuerfreien Einkommens wurde abgelehnt. Der Wohnungsluxussteuer soll erst dann nähergetreten werden, wenn eine Statistik der event. in Frage kommenden Wohnungen dem Gemeinderate vorliegt. Unter Berücksichtigung wurde noch die unzureichende Milchlieferung einiger hiesiger Landwirte bemängelt. Die Säumigen sollen aufgefordert werden, ihren Ver- pflichtungen besser nachzukommen, widrigenfalls Anzeige erfolgen soll. In der nichtöffentlichen Sitzung wurden einige Unter- stützungsgesuche erledigt.

Wöha. Aus dem Stadigemeinderat. Das Orts- gesetz über die Besteuerung des steuerfreien Mindesteinkommens wurde angenommen. Da unsere Stadt finanziell nicht sehr günstig steht, waren unsere Genossen gezwungen, dem Ortsgericht zuzu- stimmen. Dabei gaben sie folgende Erklärung ab:

„Die unterzeichnete Stadtverordnetenfraktion stimmt dem Ortsgericht zu. Die Zustimmung erfolgt aber nicht aus eigenem Antriebe, sondern nur der Not gehorchend, da sonst die Gemeinde in finanzielle Schwierigkeiten kommen würde. Die Unterzeichneten fordern aber von der höchsten Staatsregierung, daß die Einkom- mensgrenze, von welcher ab das steuerfreie Mindesteinkommen zur Steuer herangezogen werden kann, bei den Ledigen auf 10 000 Mark und bei den Verheirateten auf 15 000 M. herabgesetzt wird, da die Wirkung der Steuer ganz ungleich ist; denn die kinderreichen Familien werden stärker herangezogen, obwohl gerade diese bei der Besteuerung gespart werden sollten. Weiter wird gefordert, daß bei einem versteuerbaren Einkommen von über 40 000 M. das steuerfreie Mindesteinkommen mit 100 Prozent zur Besteuerung herangezogen werden kann. Der Stadigemeinderat wolle deshalb beschließen, daß diese Erklärung mit Bericht an das höchste Finanzministerium weitergegeben wird.

Stadigemeinderat der USPD, Ortsgruppe Wöha. ge.: Müller, Grödel, Eichner, Buchmann, Böhm, Hirsch, Bernstein, Heine, Schröder.“

Bei der Abstimmung über diese Erklärung zeigte sich, daß die Vertreter des Bürgertums zwar zustimmen wollten, aber mit der Einschränkung, daß sie gegen die Heranziehung mit 100 Prozent sind bei einem Einkommen von über 40 000 M. Es ist noch zu ber- echnen, daß das Ortsgericht nach den Richtlinien des Finanz- ministeriums aufgestellt war. — In der Sportplatzangelegenheit wurde beschlossen, einen Platz in der Größe von 120 x 200 Meter zu pachten, damit genügend Raum für die Bewegungskreise vor- handen ist. — Die Sätze für die Tagespender wurden erhöht. — Ferner wurde beschlossen, eine Versicherung gegen Verabreichung ein- zugehen. — Unter Berücksichtigung wurde noch bekanntgegeben, daß die Kartoffelversorgung gefährdet ist, da das Rittergut Wöha wegen großen Schwunds seine Lieferungsbedingungen nicht ein- halten kann.

Gewerkschaftsbewegung.

Mißstände in der Angestellten-Versicherung.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist weiterhin bemüht, über die dort vorhandenen Mißstände ir- rührende Nachrichten zu verbreiten. Diese Mißstände beruhen zu einem Teil auf den mangelhaften Gesetzesvorschriften, die einen geregelten Versicherungsbetrieb kaum ermöglichen, zum andern Teile aber darauf, daß das Direktorium nicht imstande gewesen ist, eine geordnete Verwaltung durchzuführen. Es steht fest, daß in der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte keine geordnete Aufsicht über den gesetzlich vorgeschriebenen, d. h. tatsächlich bestehenden Ver- sicherungsbestand vorhanden ist. Die gesetzlich versicherungspflichtigen Angestellten sind im unklaren, ob sie gehörig versichert sind; denn das Direktorium hat die von ihm vor einer Reihe von Jahren übernommene Ver- pflichtung, den Versicherten als jährliche Kontoauszüge zu schicken, nicht erfüllt. Da das Direktorium seinerseits nicht im- stande ist, den Versicherten mitzuteilen, ob sie ordnungsgemäß ver- sichert sind, fragt es sich bei den Versicherten an, ob und welche Bei- träge für diese nach den Vorschriften des Gesetzes hätten geleistet werden müssen. Es ist ein geradezu unerhörtes Standes, daß der Versicherungsbetrieb bei den Versicherten anfragt, welche Verpflich- tungen er hat. Darin dokumentiert sich die völlige Unfähigkeit der bisherigen Verwaltung der Reichsversicherungsanstalt für An- gestellte.

Diese Mißstände sind ein weiterer Anstoß für die Angestellten geworden, aufs neue ihre grundsätzliche Anschauung zu propagieren, daß die Sonderversicherung für Angestellte umgehend mit der in der Reichsversicherungsordnung festgelegten Alters- und Invaliden- versicherung vereinheitlicht wird. Das Direktorium der Reichs- versicherungsanstalt für Angestellte sucht die Vereinheitlichung beider Versicherungen mit allen Mitteln zu hintertreiben. Zu welchen Maßnahmen es sich dabei verzeigt, geht daraus hervor, daß es durchaus eine frühere Verlegung des Direktionsbetriebs von Berlin nach Süddeutschland durchzuführen beabsichtigt war. Man denke, was daraus entstehen muß, wenn eine an und für sich schon in Unordnung befindliche Verwaltung außerdem durch einen Umzug gestört würde.

Das Direktorium hatte für Anfang November 1920 eine Sitzung von Vertretern der Angestelltenorganisationen einberufen, die sie für seine antisozialen Pläne zu gewinnen hoffte. Die Ver- treter der dem AM-Bund angehörenden Verbände haben diese Pläne durchkreuzt, indem sie in jener Sitzung forderten, daß zu- nächst einmal über die grundsätzliche Frage gesprochen werde. Das Direktorium ist über den AM-Bund so erbost, daß es sich jetzt erlaubt zu schreiben, dieser AM-Vorschlag sei mit „überwiegender Mehrheit“ zurückgewiesen worden und die AM-Verbände hätten es „abgelehnt, positive Mitarbeit im Interesse der Versicherten zu leisten“. Tatsächlich ist der AM-Vorschlag nur mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt worden und diese keine Mehrheit ergab sich nur, weil das Direktorium mitstimmte! Die Angestellten wissen diese direktorialen Unwahrheiten und Dreistigkeiten mit gebührender Heftigkeit aufzunehmen.

Jedenfalls ergibt sich aus diesen Vorwörungen, daß alsbald die Neuwahlen für den Verwaltungsrat der Reichsversicherungs- anstalt für Angestellte durchgeführt und in das Direktorium be- fähigte Leute hineingebracht werden müssen, die es mit der Wahr- heit genauer nehmen.

Wandlungen im Werkmeister-Verband.

Im AM-Bund hat sich seit einigen Monaten eine Opposition gebildet, die gegen seine freigewerkschaftliche Betätigung ankämpft

und vom Hauptortland des Deutschen Werkmeister-Berbands ge- bildet wird. Die Mitglieder des AM-Bund, hatten ihre Leitung nach Ausbruch der Revolution dazu gedrängt, in den AM-Bund einzutreten. Doch schon gelegentlich der Wahl gegen den Kap- putz zeigte diese starke Reaktion, bei baldiger Gelegenheit wieder in das Lager der hiesigen Angehörigenbewegung überzugehen. Mit dem Einsetzen der Wahlen zum Reichstag hat sich die Lage zwischen dem Werkmeister-Verband und der AM-Leitung verschärft. Der Vorherrscher des Werkmeisterverbandes kandidierte für die Deutschdemokratische Partei und verurteilte seitdem eine Reform des AM-Programms herbeizuführen. Diese Richtungskämpfe traten Anfang November auf einer großen Vorstands-Konferenz besonders deutlich in die Erscheinung.

Inzwischen hat der Werkmeister-Verband eine eigene Vorlage für das künftige AM-Programm herausgebracht, von deren un- veränderlicher Annahme er seine meitere Zugehörigkeit zum AM-Bund abhängig machen will. Vor allem aber sieht der Düsseldorf- er Werkmeister-Vorstand in dem Bekenntnis des AM-Bundes zum Internationalen Gewerkschaftsbund, sich Amsterdam, eine Ver- leugung der parteipolitischen Neutralität. Die übrigen AM-Ver- bände stehen indes auf dem Standpunkt, daß jede freie Gewerkschaft mit der Zugehörigkeit zum Internationalen Gewerkschaftsbund steht und fällt.

Falls der Werkmeister-Verband angesichts dieser Situation seinen Austritt aus dem AM-Bund vollziehen sollte, so ist damit zu rechnen, daß ein großer Teil seiner Mitglieder sowie Ver- tretervereine dieser Partei nicht folgen, sondern die Einberufung eines Verbandsstages verlangen würden. Seitens der Bezirksver- einigungen beim AM-Vorstand sind aber, ihnen für den Fall eines formalen Austrittsbeschlusses durch den Düsseldorf- er Vorstand das weitere Verbleiben in den AM-Ortsstellen bis zum Ver- bandsstag zu ermöglichen.

Die Berliner Holzarbeiter gegen die Gewerkschaftszersplitterung!

Die Betriebsräte, Generalversammlungsbevollmächtigten sowie alle übrigen Funktionäre der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes beschickten sich am Montag mit dem Thema: Moskau oder Amsterdam. Vor mehreren tausend Funktio- nären referierte unser Genosse Dr. Herz, der Kommunist Brandler trat ihm als Korreferent entgegen.

Nach der Aussprache wurde eine Entschließung mit Zweidrittel- mehrheit angenommen, die sich gegen die Moskauer Tendenzen, den Syndikalismus und Unionismus und die Betriebsratsorganisation ausspricht und die Frage „Moskau oder Amsterdam“ zur Dis- kussion stellt, die mit der Neuwahl der engeren Ortsver- waltung verbunden werden soll.

Streit in den Stinnes-Werken.

Die Rote Fahne meldet, daß die Belegschaften der Jechen Kronprinz, Koenblume, Weische und Hagenbe vom Mülheimer Bergwerksverein des Stinneskonzerns, die 12 000 Mann stark sind, wegen Maßregelung der Betriebsräte seit dem 4. d. M. im Streit stehen.

Die Fensterputzer von Dresden sind am 5. Januar in den

Aufstand getreten.

Internationale Kürschnerkonferenz.

Das Internationale Kürschner-Sekretariat (Sekretär K. Kette, Berlin M. 43, Weinstrasse 8) beruft zu Mitte Juni 1921 eine internationale Konferenz der Kürschner nach München ein. Auf der prooffiziellen Tagesordnung steht u. a.: Der Ausbau der inter- nationalen Verbindung entsprechend den Erfahrungen des Welt- kriegs und welche Berufe kommen für eine eventuelle Verschmelzung zu Industrieverbänden für unsere Organisationen in Frage?

Der Streit des österreichischen Südbahner ist beendet, die Forderungen des Personals wurden bewilligt.

Aus der Partei.

Protokoll des Halle Parteitage.

Das Protokoll des Parteitage von Halle ist jetzt fertiggestellt. Es kostet im Buchhandel 30 M. Organisationen erhalten es zum Vorzugspreise von 18 M. Bestellungen nimmt die Verlags- genossenschaft Freiheit, Berlin C. 2, Breite Straße 8/9, entgegen.

Der Sozialist. Die sieben erscheinende Nummer 51/52 Der Sozialist enthält folgende Beiträge: Finkenris von Rud. Breit- scheld; Irland und der britische Sozialismus von E. Ransjag Mac- denab; Eine Keimzelle der Internationale von Jacques Hannat; Widerspruch und Gegenfrage in der kommunistischen Partei von P. Petric; Die ukrainische Frage von M. W. Wynnyschenko; Jenseits von Walter Janczewsky von Gerhart Seger.

Der Sozialist erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breit- scheld, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 15 M., Einzel- nummer 1.50 M. zu beziehen.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Erneuerung der Arbeiter- Legiti- mationskarten auf das Jahr 1921 hat bis zum 31. Januar 1921 zu erfolgen. Wird der Antrag später gestellt, so erhöhen sich nicht nur die Legiti- mationsgebühren, sondern es hat der Schuldisse noch eine Befristung zu gewärtigen. Dem Legitimationsschwang unterliegen, wie bisher, alle, und zwar auch die dauernd im In- lande befindlichen ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen, mit Ausnahme der häuslichen Dienstmädchen und solcher Arbeiter, die im Besitze einer vom Polizeiamte Leipzig ausgestelltten Legitimation sind, wonach sie eine solche Karte nicht zu führen brauchen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, dafür besorgt zu sein, daß alle in ihren Betrieben beschäftigten ausländischen Arbeiter ihre Arbeiter-Legiti- mationskarten im Monat Januar erneuern lassen, und daß, — falls noch ausländische Arbeiter ohne Arbeiter-Legitimationskarte oder der erwähnten Bescheinigung in ihren Betrieben beschäftigt werden sollten, sich diese sofort an das Polizeiamt, Wächterstr. 5, Zimmer 16, zur Beantragung einer solchen Karte begeben. Da nur ein kleiner Teil der ausländischen Ar- beiter die deutsche Sprache beherrscht, wird vor allen Dingen der Arbeitgeber für die Befolgung dieser Bekanntmachung verantwortlich gemacht. Zur Prüfung, ob den bestehenden Bestimmungen nachgekommen worden ist, werden Revisionen er- folgen. Leipzig, am 5. Januar 1921. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Durch die abermaligen Zulagen zu den Renten in der Invalidenversicherung magt sich jetzt wieder eine sofortige Erhöhung der Invalidenversi- cherungsbeiträge notwendig. Infolge einer Verfügung der Landesversi- cherungsanstalt vom 31. Dezember 1920 sind die hierzu erforderlichen Mittel aufzubringen durch eine Er- höhung der jetzigen Beiträge um 100%. Diese Er- höhung hat sich auf alle die Beiträge zu erstrecken, die bis zum 20. Dezember 1920 noch nicht erhoben waren. Soweit nach diesem Zeitpunkte bereits Beiträge zum einfachen Betrage erhoben wurden, hat Magerhebung der Erhöhung zu erfolgen. Die Herren Arbeitgeber werden hiermit von dieser neuen Bestimmung in Kenntnis gesetzt. Grimma, am 3. Januar 1921. Allgemeine Ortskrankenkasse Grimma-Band.

Einzahlung der Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zum doppelten Betrage. Nach dem Reichstagsbeschlusse vom 18. 12. 1920 sind die Beiträge zur Invaliden- und Hinter- bliebenenversicherung in doppelter Höhe zu ent- richten. Von der Landesversicherungsanstalt Sachsen ist hierzu bestimmt worden, daß die erhöhten Bei- träge für die Zeit vom 29. November 1920 an eingehoben werden sollen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Beiträge in Klasse I 1.80 Mark wöchentlich in Klasse II 2.00 „ „ „ „ Klasse III 2.20 „ „ „ „ Klasse IV 2.40 „ „ „ „ Klasse V 2.60 „ „ „ „ Sind Beiträge für eine Zeit vor dem 29. No- vember 1920 noch zu entrichten, so erfolgt deren Einzahlung nur zu dem einfachen Betrage. Leipzig, am 6. Januar 1921. Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig, Friedrichs-Platz, Vorsitzender. Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig-Land. Böhlke, Vorsitzender.

Solange der Vorrat reicht, mehrere hundert Schwarze Englisch-Leder-Hosen 75. Schwere Manchester-Hosen. 138. Metzgers Berufskleiderhaus Windmühlenstr. 41. Gerapur, 12 056 Eigene Werkstätte. Anfertigung von Berufskleidung nach Maß ohne Preisermäßigung. Lieferant an Werke, große Industrien, Kliniken usw.

Wesfäl. Margarine, wie Buller, Pfund 13.80. Garantiert reines Schweinefett 16.50. „Fortuna“, Lebensmittel-Tunnel. Brüderstraße 22, Ecke Turnerstraße.

wie auf dem Bilde wird im Laden Nürnberger Straße 14 jedes Haarnetz offen vorgezeigt daher Enttäuschungen ausgeschlossen. Haubennetze Stück Mk. 1.70 Doppelhaar Stück Mk. 2.70 Stricknetze Stück Mk. 2.70 E. Karlischer, Nürnberger Straße 14.

Gürtel für Damen u. Herren — aus bestem Rind- und Lackleder, von 8 Mk. an. — Einfache Ausführung von 1 Mk. an. — empfiehlt in grösster Auswahl Karl Bleich, Windmühlenstr. 32, Tauchaer Straße 16. Fabrik für Koffer, Taschen, Reiseartikel und diverse ff. Lederwaren.

erforderlichen Mittel aufzubringen durch eine Er- höhung der jetzigen Beiträge um 100%. Diese Er- höhung hat sich auf alle die Beiträge zu erstrecken, die bis zum 20. Dezember 1920 noch nicht erhoben waren. Soweit nach diesem Zeitpunkte bereits Beiträge zum einfachen Betrage erhoben wurden, hat Magerhebung der Erhöhung zu erfolgen. Die Herren Arbeitgeber werden hiermit von dieser neuen Bestimmung in Kenntnis gesetzt. Grimma, am 3. Januar 1921. Allgemeine Ortskrankenkasse Grimma-Band.

Einzahlung der Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zum doppelten Betrage. Nach dem Reichstagsbeschlusse vom 18. 12. 1920 sind die Beiträge zur Invaliden- und Hinter- bliebenenversicherung in doppelter Höhe zu ent- richten. Von der Landesversicherungsanstalt Sachsen ist hierzu bestimmt worden, daß die erhöhten Bei-

erforderlichen Mittel aufzubringen durch eine Er- höhung der jetzigen Beiträge um 100%. Diese Er- höhung hat sich auf alle die Beiträge zu erstrecken, die bis zum 20. Dezember 1920 noch nicht erhoben waren. Soweit nach diesem Zeitpunkte bereits Beiträge zum einfachen Betrage erhoben wurden, hat Magerhebung der Erhöhung zu erfolgen. Die Herren Arbeitgeber werden hiermit von dieser neuen Bestimmung in Kenntnis gesetzt. Grimma, am 3. Januar 1921. Allgemeine Ortskrankenkasse Grimma-Band.

Einzahlung der Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zum doppelten Betrage. Nach dem Reichstagsbeschlusse vom 18. 12. 1920 sind die Beiträge zur Invaliden- und Hinter- bliebenenversicherung in doppelter Höhe zu ent- richten. Von der Landesversicherungsanstalt Sachsen ist hierzu bestimmt worden, daß die erhöhten Bei-

Wie auf dem Bilde wird im Laden Nürnberger Straße 14 jedes Haarnetz offen vorgezeigt daher Enttäuschungen ausgeschlossen. Haubennetze Stück Mk. 1.70 Doppelhaar Stück Mk. 2.70 Stricknetze Stück Mk. 2.70 E. Karlischer, Nürnberger Straße 14.

Wie auf dem Bilde wird im Laden Nürnberger Straße 14 jedes Haarnetz offen vorgezeigt daher Enttäuschungen ausgeschlossen. Haubennetze Stück Mk. 1.70 Doppelhaar Stück Mk. 2.70 Stricknetze Stück Mk. 2.70 E. Karlischer, Nürnberger Straße 14.

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

51)

III.

Doch ward plötzlich an der Revolutionsmaße eine Schraube locker. Die deutschen militärischen Führer bemächtigt sich der Streikführer, warfen sie ins Gefängnis und schickten sie in die Feuerlinie, um sich ihrer zu entledigen. Durch ein jahraus Gemisch von Schmeichelei und Terrorismus rangen sie den Streik nieder und trieben die murrenden Sklaven in die Fretmühle zurück. Und dann marschierte das deutsche Heer in Rußland vor!

Auf diese Krise wartete Jimmie Higgins seit Kriegsausbruch. Tostol hatte gelehrt, wenn eine Nation sich zu kämpfen wüßte, so werde es den andern Nationen vundalisch in deren Land einzudringen, und obwohl Jimmie Higgins kein Marxist, kein Anhänger des religiösen „dem Hebel nicht Widerstand leisten“, war, so teilte er dennoch die Ansicht des großen Russen. Es gibt keinen einzigen Arbeiter im feindlichen Heere der sich zwingen ließe, auf seine den Frieden verkündenden Brüder zu schließen!

Hier nun wurde dieser Lehrauftrag die Prole gestellt. deutschen Sozialisten wird befohlen, gegen russische Sozialisten zu marschieren, auf die rote Fahne zu setzen! Werden sie den Befehlen ihrer Herren, den Kriegsherren gehorchen? Oder werden sie den lauten Ruf und Aufforderungen des internationalen Proletariats Gehör schenken und die Waffen gegen die eigenen Diktatoren wenden?

Und die ganze Welt sah, was geschah. Die herrliche revolutionäre Maschine, auf die Jimmie Higgins sein ganzes Vertrauen gesetzt hatte, fiel in einen Graben und warf ihre Insassen in den Tod. Die deutsche Armee ging vor, die deutschen Sozialisten toteten genau daselbe, was die Nichtsozialisten taten — sie feuerten auf die rote Fahne, wie sie auf die zaristische Fahne gefeuert hatten, sie gehorchten als wahre, lokale Deutsche den Befehlen ihrer Führer, trieben die aufgelösten Reihen der Bolschewiki vor sich her, eroberten Munition, Proviant, zerstörten Städte, sühten russische Frauen und Kinder in die Gefangenschaft ab, als handle es sich um belgische und französische Frauen und Kinder, die vom deutschen Gott als legitime Kulturbeute vorherbestimmt waren. Kisa und Reval wurden geplündert (mit Ausnahme des Bestes der baltischen Barone), Kurland, Estland und Elmland erobert. Das Heer drang in Rußlands Kornkammer, die Ukraine, ein, deutsche Schiffe landeten in Finnland, deutsche Truppen beraubten das finnische Volk seiner Freiheit. Des Kaisers Heer stand vor Petrograd, und die Bolschewiki-Regierung war gezwungen, nach Moskau zu fliehen. Und Deutschlands sozialistische Zeitungen meldeten fast ausnahmslos diese Ereignisse im Ton stolzester Freude.

IV.

Armer Jimmie Higgins! Ihm schien, eine wichtige Faust habe ihm ins Gesicht geschlagen, er war wie betäubt; und Wochen vergingen, ehe er den Sinn der Geschehnisse zu fassen vermochte. Den Zusammenbruch all seiner Hoffnungen erkannte. Der ganzen Frontonen Ortsgruppe erging es ebenso, sie schien leibliche Existenz verloren zu haben. Freilich schrien noch einige särmende Elemente nach der Revolution, doch waren dies Männer, die seit zwanzig Jahren in theoretischen Formeln vergraben gelebt hatten und von Tatsachen ebenso wenig verstanden, wie eine Kuh von Musik. Die Klügeren hingegen wußten, daß ihre Revolution von St. Louis in den Schützengraben vor Petrograd totgeschossen wurde.

Es war interessant, Rubin zu beobachten. Die Amerikaner hatten stets das Vorurteil gehabt, daß ein Kube ein feines Vieh der Welt zum Kämpfen zu bewegen ist. Eine Geschichte wurde erzählt, wie ein jüdischer Vater, der sah, wie sein Sohn von einem andern Knaben verprügelt wurde, ersteren aufforderte, sich zu verteidigen, worauf er die Antwort erhielt: „Sei doch still, ich halte den Fuß auf einer Münze“. Während der ganzen Kriegsdauer waren, ausgenommen die Deutschen, die Juden Amerikas die eifrigsten Partisanen gewesen, und nun gab es plötzlich eine von Juden organisierte soziale Revolution, sowie eine russische Regierung, die zum erstenmal in der Geschichte den Juden ihre Rechte zuerkannte. Der kleine jüdische Schneider stand vor den Frontonen Bolschewiki und erklärte, während ihm Tränen über die Wangen flossen: „Genossen, ich bin fertig mit dem Reden, ich ziehe in den Krieg. Ich gehe mit den polnischen Sozialisten, mit den böhmischen Sozialisten; ich werde den Kaiser bekämpfen bis aufs äußerste. Und der jüdische Sozialist wird handeln wie ich!“ Dies war kein bloßes Prahlwerk gewesen, Genosse Rubin schloß seine Schneidernwerkstatt und trat in die „rote Garde“ ein, die in Neupark von den jüdischen Revolutionären organisiert wurde.

Wäre es die Absicht der deutschen Kriegsherren gewesen, den amerikanischen Sozialisten Knüppel zwischen die Füße zu werfen ihre Friedensforderungen zum Schwelgen zu bringen, sie hätten nicht anders handeln können. Die wehrlosen Bolschewiki wurden in West-Vitovsk zu einer Friedenskonferenz gepöhlcht, gezwungen, alle besetzten Gebiete den Deutschen zu überlassen, und eine ungeheure Kriegsentschädigung ward ihnen auferlegt, so daß die russische Regierung zur Sklaverei der Zentralmächte herabsank und ihnen befehlen sollte, den Rest der Welt zu unterjochen. Die deutschen Heere marschierten durch die eroberten Gebiete, beraubten die Bauern ihrer Nahrung, schlugen sie, erschossen sie, zerstörten ihnen Haus und Heim, wenn sie sich widerlegten. Die Welt sah, was ein deutscher Friede bedeuten würde, und jeder freie Mann blü die Zähne zusammen, ballte die Fäuste und schwor, diese Schandbrut auszurotten. Jeder freie Mann — auch Jimmie Higgins!

(Fortsetzung folgt.)

Das Jahr 1921.

Die wichtigsten Kalenderdaten und Himmelserscheinungen.

Mit dem neuen Jahre beginnt das dritte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Es ist ein Gemeinjahr von 365 Tagen. Für das bürgerliche Leben am bemerkenswertesten ist der frühe Termin der beweglichen Feste, die in ihrer Gesamtheit vom Termin des Osterfestes abhängig sind. Ostern fällt stets auf den ersten Sonntag nach dem ersten Vollmond des Frühjahrs, und da im neuen Jahre der erste Frühlingsvollmond auf Mittwoch, den 28. März, fällt, so ist am darauffolgenden Sonntag, dem 27. März, Ostern. Es ist der frühestes Ostertermin seit dem Jahre 1913, in dem wir bereits am 23. März Ostern hatten; es wird auch wieder länger als ein Jahrzehnt dauern, bis Ostern auf einen gleich frühen Termin fällt. Erst im Jahre 1932 wird das der Fall sein. Ueberhaupt folgen jetzt sieben Jahre, in denen das Osterfest in den April fällt. Im Jahre 1922 wird Ostern am 16., 1923 am 1., 1924 am 20. April sein. Erst im Jahre 1929 fällt Ostern wieder in den März, und zwar auf den 31.

Der frühe Ostertermin bedingt ebenso frühe Termine für die anderen beweglichen Feste. So fällt Himmelfahrt auf den 5. Pfingstsonntag auf den 15. Mai, und bereits am 7. Februar ist Fastnachtsonntag.

Nicht eben günstig für die Freunde festlicher Ruhe liegen am Schlusse des neuen Jahres die Weihnachtstage. Sie fallen auf Sonntag und Montag, und da demgemäß auch der Neujahrstag 1922 ein Sonntag sein wird, so gibt es dann nur einen einzigen Feiertag außer der Reihe.

Am Jahre 1921 gelang, wie Stenkel in der Astronomischen Zeitschrift erwähnt, die Erde am 1. Januar um 5 Uhr vormittags

in ihre Sonnennähe und am 4. Juli, um 9 Uhr vormittags in Sonnenferne. Der Frühling beginnt am 21. März, um 5 Uhr vormittags; die Termine des Wagners der übrigen Jahreszeiten sind 22. Juni (Sommer), 23. September (Herbst) und 22. Dezember (Winter).

Das Jahr 1921 bringt uns im ganzen 4 Finsternisse, und zwar zwei Sonnen- und zwei Mondfinsternisse. Davon sind in Europa die erste Sonnen- und die zweite Mondfinsternisse sehr gut zu beobachten. Sie fallen, wie gewöhnlich, in zwei Gruppen die erste in den April, die zweite in den Oktober. Zuerst ist, am 8. April, eine ringförmige Sonnenfinsternis zu erwarten, deren größte Intensität in die Stunden zwischen 10 Uhr vormittags und 12 Uhr mittags fällt. Die schmale Kurve der zentralen Bedeckung streift das nördliche Schottland und das nordwestliche Norwegen. Es folgt am 22. April eine totale Sonnenfinsternis, von der wir in Europa aber ebensowenig zu Gesicht bekommen, wie von der totalen Sonnenfinsternis am 1. Oktober. Diese ist nur auf der südlichen Halbkugel wahrzunehmen. An letzter Stelle steht eine partielle Mondfinsternis in der Nacht vom 16. zum 17. Oktober, bei der 93 Hundsterte unserer Trabanten bedeckt werden. Es handelt sich also um eine Verfinsternung, bei der nur ein schmaler Teil des Randes von der Sonne beleuchtet bleibt. Die Mondfinsternis kann in Europa von Anfang bis zu Ende wahrgenommen werden.

Die Planeten, die Schwestersterne der Erde, werden uns im Laufe des Jahres alle mehr oder weniger nahe zu Gesicht kommen. Aber während der sonnennähe Merkur nur Mitte Februar am Abendhimmel und in der zweiten Novemberhälfte am Morgenhimmel weit genug aus den Sonnenstrahlen heraustriit, um mit bloßem Auge gesehen werden zu können, strahlt Venus unser Morgen- und Abendstern, während des größten Teils des Jahres 1921 in günstiger Stellung am Firmament. Bis zum 20. April bleibt sie Abendstern, worauf sie für etwa 4 Wochen in den Sonnenstrahlen verschwindet, um von Mitte Mai ab Morgenstern zu werden. Erst in der zweiten Dezemberhälfte wird Venus für längere Zeit unsichtbar. Ihren größten Glanz als Abendstern erreicht sie am 17. März, als Morgenstern am 28. Mai. Mars bleibt noch bis zum Monat März am Abendhimmel; dann verschwindet er auf ein halbes Jahr und tritt erst im September vor Tagesanbruch wieder aus den Sonnenstrahlen heraus. Bis zum Schlusse des Jahres bessert sich dann seine Sichtbarkeit dauernd, und in der ersten Hälfte des Jahres 1922 findet die nächste Marsopposition statt, bei der der interessante Planet sehr hell werden wird. Die günstigste Opposition dieses Planeten während des ganzen Jahrhundert aber haben wir im Jahre 1924 zu erwarten. Jupiter bleibt bis Mitte Juli über dem Westhimmel, verschwindet dann in der hellen Abenddämmerung und wird Ende Oktober am Morgenhimmel wieder erscheinen. Das gleiche gilt für den nicht weit von ihm stehenden Saturn, dessen Ringensystem erst im letzten Drittel des Jahres wieder etwas deutlicher hervortreten wird. Bis dahin sehen wir dauernd auf seine schmale Kante.

Im letzten Viertel des Jahres 1921 werden die hellen Planeten wiederholt interessante Begegnungen an Himmeln haben. So kommen sich am 3. Oktober Venus und Mars am Morgenhimmel ganz ungewöhnlich nahe; am 22. Oktober geht Venus in der Entfernung einer halben Vollmonddreieck an Saturn und am 25. Oktober in der gleichen geringen Entfernung an Jupiter vorbei. In diesen Tagen werden Venus, Mars, Jupiter und Saturn in unmittelbarer Nähe beieinander stehen. Am 14. November geht Mars eine knappe Vollmonddreieck südlich von Saturn vorbei, und in der Nacht zum 27. November kommen sich Mars und Jupiter bis auf die ungemerkt geringe Entfernung von nur 10 Bogensekunden nahe.

30 Jahre Arbeitergesang.

In diesen Monaten werden es dreißig Jahre, daß in Leipzig nach dem Fall des Sozialistengesetzes die selbständigen Arbeitergesangvereine entstanden. Die Gründung dieser Vereine waren nicht Gründungen schlechthin, wie man eben Vereine gründet, die dem Gesang huldigen. Die Gründung der selbständigen Arbeitergesangvereine war eine politische Tat. Nicht in dem Sinne, daß diese Vereine politische Organisationen gewesen wären, sondern so, daß mit ihrer Gründung die Arbeiter den bürgerlichen Klimbimvereinen mit ihrer politisch-reaktionären Tendenz entzogen und in Klassenorganisationen zusammengeführt wurden.

Diesem Schritt zuerst getan zu haben, ist das Verdienst der Gründer des Sängerkhors Leipzig-Thonberg-Stätterich, der heute auf dreißig Jahre seines Wirkens zurückblicken kann. Ihm folgten in kurzer Frist weitere Arbeitergesangvereine in allen Stadtteilen Leipzigs, die zum Teil noch heute bestehen oder sich zu größeren Vereinen fortentwickelt haben, so der Männerchor Leipzig-West.

Am 8. Januar 1891 also heute vor dreißig Jahren, kamen im Gasthof Thonberg sechs Genossen zusammen, um den Grund zu legen für den heutigen Sängerkhor L. Thonberg-Stätterich. Schon am nächsten Tage, am 7. Januar, wurde die erste Singstunde abgehalten, und war unter der Leitung des damals 23-jährigen Paul Michael, der die dreißig Jahre her in gutem und in schlechten Tagen des Chores Liedermesser gewesen ist und in Sängerkreisen den scherzhaften, aber liebevollen Beinamen Der Cantor erhalten hat. Otto Gehler und Karl Pinstau hatten ihn, der damals schon Dirigent eines Fräuleinsangevings und einer Turnergesellschaft war, gewonnen. Und nicht zuletzt dem ersten Streben und der Tätigkeit Paul Michaels ist es zu danken, wenn der Arbeitergesang und die Arbeitergesangsbewegung trägt auf blühendes.

Ursprünglich war der Thonberger Sängerkhor wie alle nach bestehenden Vereine eine Abteilung des Arbeitervereins Leipzig. Am 20. Oktober 1890 das Sozialistengesetz gefallen war, gingen die Genossen bereits im November unter der tatkräftigen Anregung des verstorbenen Friedrich Bolle daran, in den Vororten Leipzigs Abteilungen des Vereins zu gründen. Die vierte Abteilung hatte ihr Lokal im Gasthof Thonberg; ihr gehörten die Gründer der Sängerabteilung an. Am Ende des ersten Jahres zählte diese bereits 52 Mitglieder; vor allem aber wuchs die kleine Schaar in ihren Leistungen, die ihr bald großes Ansehen weit über die Kreise der Arbeiter hinaus brachten. Liedermesser und Sänger arbeiteten mit Energie und Ausdauer und gaben so der Bevölkerung den guten Ruf, den sie sich bis heute bewahrt hat.

Als 1897 die Abteilungen des Arbeitervereins sich selbständig machten, wurde auch die bisherige Sängerabteilung des Arbeitervereins in Thonberg eine solche des Arbeitervereins L. Thonberg-Neureudnik. Am 27. August 1910 wurde die Abteilung völlig selbständig unter dem Namen Sängerkhor Thonberg-Neureudnik, und nach der Verschmelzung mit der Sängerabteilung des Ortsvereins Stätterich nahm sie am 3. Februar 1912 ihren letzten Namen an: Sängerkhor Leipzig-Thonberg-Stätterich.

Die ganzen dreißig Jahre her haben die Arbeitergesangvereine und namentlich der Sängerkhor L. Thonberg-Stätterich und der Männerchor Leipzig-West, bekannt als die Michaelschen Chöre — ihre Tätigkeit in den Dienst der allgemeinen Arbeiterbewegung gestellt. Den beiden großen Chören ist es wesentlich mit zu verdanken, wenn die Feste der Leipziger Arbeiter ein immer höheres Niveau einnahmen. Nicht nur die Konzerte der Chöre zeigten, welche idealen Kulturwerte in der Arbeiterkategorie stecken.

Wenn sie bei großen Feiern der Arbeiterkategorie mitwirkten, konnte auch die bürgerliche Presse nicht umhin, die erhebenden Leistungen der Arbeitergesangvereine zu würdigen. Wir erinnern nur an die große Parteilagsfeier 1909 im Kristallpalast und an die Weber-Feier am 7. Mai 1910 im Volkshaus. Weiteres hervorzuheben, ist nicht notwendig; die Leipziger Arbeiter wissen, was sie an ihren Michaelschen Chören haben. Und nicht nur die Leipziger Arbeiter. Weit über ihre engere Heimat hinaus haben sich die Chöre Geltung verschafft. Vonwo Zeugnis ablegen die Konzerte, die Michael mit seinen Sängern in so vielen Orten Deutschlands gegeben hat. Bereits im zweiten Jahre nach Gründung ihres Chores konnten die Thonberger ein Konzert in Dresden geben. Entweder allein oder mit dem Männerchor Leipzig-West aufgenommen haben sie dann in Berlin, Halle, Chemnitz, Erfurt, Eisenach, Altenburg, Jena, Hanau und andern Orten Deutschlands dem Arbeitergesang Geltung verschafft und vor allem auf einer Rheinreise 1911 zur Ueberbrückung der Langesproßen und Langesproßener Rheinländer einen Erfolg erzielt, der sich in den lebhaft anerkennenden Kritiken der Presse widerspiegelt.

Und noch ein andres. Wenn die Leipziger Arbeitergesangvereine heute im Deutschen Arbeitergesangerbund vereint sind, so ist das nicht zuletzt das Verdienst des Jubilars und namentlich des Genossen Otto Schmidt, den die Arbeitergesangvereine des Gauzes Leipzig an die Spitze ihres Gauzes stellten. Am 10. November werden es 20 Jahre, daß der Gau Leipzig besteht, und ebenso zwanzig Jahre, daß Genosse Schmidt der Gauvorsitzende ist.

Der Chor begeht sein Jubiläum morgen abend durch eine Feier im Volkshaus und am Sonntag durch ein Konzert in der Albertshalle des Kristallpalastes. Die Programme beider Begebenheiten werden das hohe künstlerische Streben, von dem der Chor und sein Liedermesser getragen sind. Für die Feier hat Franz Langhennrich den beiden Jubilaren, dem Chor und seinem Dirigenten, einen eigenen Weibegruß gesendet (veront von R. Trunk), der auch am Sonntag in der Albertshalle gehalten werden wird.

Wir wünschen dem Jubilar und seinen Bundesvereinen zur Feier ihres dreißigjährigen Bestehens eine weitere künstlerische Entwicklung zum Nutzen der gesamten Arbeiterbewegung.

Kleine Chronik.

Konzertverein. (Moderne Kammerorchestersonzert.) Kapellmeister Hermann Scherchen, der als Impresario gut bekannt ist, führte uns Kammermusiksymphonien von Arnold Schönberg und Franz Schreker vor. Kammermusiksymphonien bestehen aus einem kleinen Orchester, in dem jedes Instrument als selbständiger Solist mitwirkt. — Um sich in die Schönbergische übermoderne Kunst zu verliehen, sollte man vorher die Schrekerische Schule durchgehen. Schreker, der große Dramatiker (bekannt durch seine Opern) zeigt sich in seiner Kammermusik (in einem Satz für sieben Bläser, elf Streicher, Harfe, Celesta, Horn, Klarinet, Fagott und Schlagwerk) als Polyphoniker, Kolorist und pianer Akkommodator, den man noch am leichtesten verfolgen kann. Schon durch einige zarte Motive verfehlt er es, seine Hörer zu fesseln, was dagegen in Schönbergs Kammermusik für 15 Instrumente nicht der Fall ist. Hier ist alles nur Farbe. Die Kammermusik wie auch die sinistren Führungen, denen man schwer folgen kann, bleiben uns ein Problem — aber trotzdem mühen wir lernen (nicht nur versuchen), diese verfeinerten Skizzen, in denen sich Schönbergs Kunst ausdrückt, zu verstehen. Richard Wagners Schreker-Jubiläum in der Kammermusikbesetzung der Uraufführung 1899 in Trieschlag (dem Schweizer Bohmisch Wagners) kann man nur empfehlen überall aufzuführen, denn es wirkt nicht mit Farben, sondern durch prachtvolle Linien und Melodie. Kapellmeister Scherchen hat mit seinen Steinwegern bewiesen, was ein energischer Erzieher alles erzielen kann. Präzision und Schattierungen gelangen vorzüglich bis auf das feinste.

L.

Künftiges Symphoniekonzert der Musikfreunde. Prof. Paul Graener, der jetzt am hiesigen Konservatorium als Nachfolger Max Regers für Komposition tätig ist, zeigt sich in seiner Dimoll-Symphonie (die er hier zum erstenmal aufführte) als feiner musikalischer Kopf, wie wir nur wenige besitzen. Graener bewegt sich in seinem Werk — trotz moderner Instrumentation — im Geiste der Neuroromantik. Harmonik, Polyphonik, Form und zarte Melodik zeichnen das Werk aus, das nicht nur beobachtet ist, den Kopf, sondern auch das Herz zu befehligen. Das Orgheito (Einstellung) beginnt mit zartem Pianissimo und ist voller seelischer Empfindungen. Auch der 1. Satz (Allegro), der mit einem kräftigen Thema vom ganzen Orchester in strammen Rhythmus geföhrt wird, sprüht volles Leben aus jedem Takt. Danach kommt das Adagio (2. Satz) sehr zart und zeigt einen feinen Aufbau im Charakter des Volksliedes, eine Musik, die wirklich zum Herzen geht. Der letzte Satz (Allegro energico), zu dem er das Werkausdrucke Wortwort benutzte: „Der Schmerz ist ein Schind, sein Hammer schlägt hart“, ist würdig und kräftig, und mit zartem Pianissimo im vollen Orchester schließt das Werk ab. Die Rheinische Kapelle spielte das Werk mit großer Liebe unter sorgfältiger Leitung des Komponisten. Kammergesang Julius von R. a. h. - Br o d m a n n, ein vollendeter Künstler mit welchem, qu geschultem Bariton und lebendigem Verstand, schloß sich mit den vier Liebern von Hugo Wolf großen Beifall. In Lena Wolbe fand er die richtige, feinsinnige Begleiterin.

L.

Liedabend. Ueber Elena Gerhardt's Gesangs- und Vortragskunst sind die Akten längst geschlossen; man kann höchstens von der Wahl der Lieder sprechen. Besonders freute es mich, daß sie auch von Beethovens sechs Lieder auf ihrem Programm hatte. In den ersten zwei Liedern war sie noch nicht in der richtigen Stimmung, um so mehr erschütterte sie uns in den andern: Abende, Der Ruh, Vom Tode, Die Ehre Gottes. Von Johann Brahms Liedern wählte sie die weniger bekannten und vollbrachte damit die höchste Leistung: Paula Senner begleitete den Brahms mit mehr Seele als den Beethovens.

L.

Mitteilung der Städtischen Theater-Intendanz. Am Freitag, dem 7. Januar, wird Agaros Hochzeit mit Felix Fieischer vom Württembergischen Landestheater in Stuttgart als Gast auf Anstellung (Graf Almaviva) aufgeführt. Am Sonntag, dem 9. Januar, wird bei aufgehobenem Anrecht Verdis Aida gegeben, und zwar mit Robert Fitt von der Staatsoper Berlin als Radames. Ferner ist die Titelrolle mit Diane Martini neu besetzt; ebenso singt Otto Salymann zum erstenmal den König.

Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitagabend 7 Uhr in der 2. Fach- und Fortbildungsschule, Schletterstraße 10. Vortrag von Dr. Poppi über: Die Zweckmäßigkeit im Tierbau und Tierleben. Gäste willkommen.

Eingelaufene Schriften.

Edwin Hoernle. Die Deutsch-Fabeln. Verlag Oskar Böhrle, Stuttgart. Preis 6 Mk.

S. Bogeler. Die Freiheit der Liebe in der kommunistischen Gesellschaft. Verlag Konrad Hans, Hamburg 8. Der kleine Samariter. Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin C. 2. Preis 1.50 Mk.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin. Bericht für das Geschäftsjahr 1919.

Die Sechsmilliarde.

Von Dr. Julius Moser.

Unsere Regierung braucht Milliarden für unser herrliches Heer zu Wasser und zu Lande. Da hat man kein Ohr für die Not und Notwendigkeiten; da läßt selbst die Tatsache...

Lange genug hat es übrigens dieses Mal angefaßt des Glanzes unserer Kinder gedauert, bis unsere Bourgeoisie zu einer Tat in ihrem Sinne sich aufgerafft hat. Bis jetzt nämlich hatte man das Tun dem Ausland überlassen...

Man komme uns auch nicht immer damit, daß man sagt, man dürfe nicht verallgemeinern, indem man das Bürgerturn in seiner Gesamtheit verantwortlich macht für die Ausschreitungen eines kleinen Kreises.

Weder zeigt sich auch in diesem Falle der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, zwischen Forderung und Handeln. In

der Theorie, in Zeitartikeln und schönen Reden zeigen sich unsere bürgerlichen Elemente sehr tapfer. Sobald aber einmal ein praktischer Fall eintritt, sobald einmal die Faust so langmütige Obrigkeit den einen oder anderen Kinder sich herausgreift...

Von Wunder darf man eigentlich wohl kaum sprechen. Leute, die in Luxushotels und Kesselpöhlen zu verweilen gewohnt sind, fühlen sich ganz gewiß nicht bewußt oder überverteilt...

Zu denen, die sich über die Sechsmilliarde mit der ihnen eigenen schönen Pose entzünden, gehörte auch Herr Theodor Wolff im Berliner Tageblatt. Sein ganz besonderes Mißfallen haben die Korrespondenten englischer Blätter erregt...

Wie weit ist proletarische Einigung zur Zeit in Deutschland möglich?

Diese Frage behandelt Genosse Ledebour in einem Artikel des Unabhängigen Zeitungsdienstes „Gemeinsame Kämpfe und gemeinsame Arbeit.“

Was ist in dieser Situation die Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratie? Wir sind uns vollkommen bewußt, daß wir unter diesen bedauerlichen Verhältnissen mit den uns allein zur Verfügung stehenden Kräften erste Aktionen zur Erschütterung...

Erst das praktisch für große Aufgaben geeinte Proletariat kann sein Ziel erreichen, es darf aber selbst in den Teilkämpfen, die der Tag erzwingt, nicht der Zerspaltung verfallen...

Diese Pflicht hat die Unabhängige Sozialdemokratie schon vor dem erkannt und wiederholt bestätigt, so bei der Abwehr gegen den Kapp-Putsch...

Nach diesen Richtlinien gilt es weiter zu arbeiten. So oft auch der Faden abgerissen ist, er muß von neuem angesponnen werden. Selbst die Verbädigungen und Befehdungen...

Da ist denn unsere nächste Pflicht die gründliche und sorgfältige Vorbereitung der Abwehraktionen gegen reaktionäre Putsche.

Hollentamps

Inventur-Ausverkauf

ist die beste Notstands-Kleider-Versorgung

Nutzen Sie die Ihnen gebotenen Vorteile aus!

Unsere letzten regulären Auszeichnungen sind alle an den einzelnen Stücken verblieben. Sie können also selbst feststellen, wie stark die Preise herabgesetzt sind.

Sie kaufen gute Ware zu niedrigen Preisen!

Die bisherigen Preise sind die zeitgemäßen, d. h. sie sind im Laufe der letzten Monate bereits herabgesetzt, oder neuere Ware ist zu zeitgemäß billigen Preisen eingekauft.

Die zeitgemäß billigen Preise sind wesentlich ermäßigt

Aus der Fülle der Angebote erwähnen wir nur nachstehende:

- Herren-Anzüge, billigste Preislage für herabgesetzte Restbestände M. 250.-
Herren-Anzüge, bish. zeitgemäßer Preis M. 490.- bis 590.- jetzt M. 375.-
Herren-Überzieher, billigste Preislage für herabgesetzte Restbestände M. 190.-
Herren-Überzieher, bish. zeitgem. Preis M. 490.- bis 590.- jetzt M. 375.-
Herren-Hosen, billigste Preislage für herabgesetzte Restbestände M. 65.-
Herren-Hosen, bisheriger zeitgemäßer Preis . . . M.190.- jetzt M. 140.-
Knaben-Anzüge, billigste Preislage für herabgesetzte Restbestände M. 75.-
Knaben-Anzüge, bish. zeitgemäßer Preis M. 220.- f. Gr. 7 jetzt M. 165.-

- Konfirmanten-Anzüge, stark herabgesetzt, billigste Preislage . . . M. 175.-
Damen-Strickjacken, stark herabgesetzt, billigste Preislage . . . M. 225.-
Damen-Sportkostüme, bish. zeitgemäßer Preis M. 950.- jetzt M. 650.-
Jmit. Mako-Hemden, bish. zeitgemäßer Preis M. 45.- jetzt M. 35.-
Normal-Hemden, bisheriger zeitgemäßer Preis M. 59.- jetzt M. 46.-
Oberhemden (Zephir), bish. zeitgemäßer Preis M. 150.- jetzt M. 95.-
Bänder, reine Seide, bish. zeitgemäßer Preis M. 27.- jetzt M. 13.50
Herren-Hüte, mod. Form., bish. zeitgem. Pr. M. 85.- bis 95.- jetzt M. 63.-

Vorstehende Angebote sollen nur als Beispiele dienen, wie stark unsere Herabsetzungen sind. - Unser ganzes Vorrat-Lager ist im Preise wesentlich herabgesetzt.

H. Hollentamp & Co. Leipzig

Brühl 28-32

Erstes Herrenbekleidungshaus

Ede Reichsstr.

eine vervollkommnete Kappisterei versuchen, um das alte Unterdrückungssystem aus der Vorkriegszeit in vollem Umfange wieder herzustellen, so muß das sofort eine umfassende Gegenaktion des Proletariats auslösen, die natürlich nicht bei der erreichten Abwehr halt machen darf, sondern so gründliche Arbeit zu schaffen hat, daß die Reaktion in Deutschland nicht wieder ihr Haupt erheben kann. Die Wertekrevolution vom November 1918 muß dann zu einer ganzen Revolution gemacht werden.

Aber über Abwehrmaßnahmen hinaus sind die proletarischen Kräfte auch jetzt schon zusammenzufassen, um die Umgestaltung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen im sozialistischen Sinne zu erzwingen. Das proletarische Gesamtinteresse bedingt, daß die Gestaltung unserer Beziehungen zum Auslande der Förderung des Weltfriedens dient. Den Ententemächten gegenüber ist darauf hinzuwirken, daß die Politik des Deutschen Reiches den Arbeitermassen der Ententeländer Vertrauen einflößt, damit wir die Sicherheit gewinnen, daß alle imperialistischen Angriffsgefahren der dortigen Mächte gegen uns an dem entschlossenen Widerstande des englischen, französischen, italienischen und amerikanischen Proletariats scheitern werden. Nicht minder drängt das gemeinsame Interesse des deutschen Proletariats zur Wiederanknüpfung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland. Hand in Hand damit muß im Einklang mit dem Proletariat der Weltländer die internationale Abwehraktion gegen alle auf die Schädigung Sowjetrußlands abzielenden Vorstöße der Ententemächte erstrebt werden.

Was die politische Neugestaltung unserer eigenen Landesverhältnisse anbetrifft, so kommt für das sozialistische Proletariat naturgemäß hauptsächlich die Sozialisierung des Wirtschaftslebens in Betracht, und da wir nicht in der Lage sind, mit einem Schlage dieses wünschenswerten Ziel zu erreichen, müssen wir schrittweise vorgehen. Da drängt sich aus oft genug in letzter Zeit erörterten Gründen als nächste Aufgabe die Sozialisierung des Kohlenbergbaues auf. Auch sie bedarf der Zusammenschaltung aller proletarischen Kräfte. Leider hat sich die Kommunistische Partei infolge einer unverständlichen Feindseligkeit gegen die Sozialisierung einzelner Produktionszweige solchen gemeinsamen Aktionen durch die offene Bekämpfung der Forderung, den Kohlenbergbau zu sozialisieren, entzogen. Das darf uns natürlich nicht abhalten, solche gemeinsame Aktionen zunächst auch ohne die Kommunisten zu erstreben, in der sicheren Zuversicht, daß schließlich auch die kommunistischen Arbeiter in die Sozialisierungskämpfe mit hineinbezogen werden.

Wenn die Kommunisten der Sozialisierung des Kohlenbergbaues als ihre eigene Forderung die Erweiterung und Vervollkommnung der Betriebskontrolle durch die Arbeiterschaft entgegenstellen, so ist diese Kontrastierung völlig widersinnig. Zudem man das eine tut, braucht man das andere nicht zu lassen. Auch wir sind der Ansicht, daß die Arbeiter, die jetzt gesetzlich gewährte Kontrollrechte in den Betrieben nach Möglichkeit auszuüben und darüber hinaus suchen müssen, die Erweiterung dieser Rechte zu erzwingen. Wir setzen also der kommunistischen Parole „Betriebskontrolle an Stelle der Sozialisierung“ die umfassendere Parole „Betriebskontrolle und Sozialisierung“ entgegen. Beides ergänzt und bedingt sich gegenseitig. Im vollen Umfange kann ja keine dieser Forderungen verwirklicht werden, solange noch der Kapitalismus unsere Wirtschaftsordnung beherrscht. Aber wie alle Wege nach Rom, führen auch diese Wege das kämpfende Proletariat seinem Ziel, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, näher. Die Aufgabe der unabhängigen Sozialdemokratie wird es sein, auf allen diesen Wegen voran zu schreiten und die anders organisierten Proletarier anfeuernd und werdend als Kampfgenossen in gleichem Schritt und Tritt uns an die Seite zu bringen.

Das ist auch der einzig gangbare Weg, um die Forderung des Klassenbewußten Proletariats herbeizuführen. Weber gegenseitige Befehdung, noch Instanzverhandlungen bringen uns diesem Ziel näher, sondern nur gemeinsame Kämpfe und gemeinsame Arbeit.

Gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten.

Oberbürgermeister Dr. Kothe eröffnet die Sitzung. Zu Punkt 1: Vereinnahmung wegen der Nichtbewilligung der Gehälter der beurlaubten Ratsmitglieder und des Gehaltes des Polizeidirektors beantragt der Rat die Bewilligung, weil die Ratsmitglieder einen rechtlichen Anspruch auf die Gehälter haben. St. B. Scheib verliest folgende Erklärung: Die beiden sozialistischen Fraktionen bewilligen zwar am heutigen Tage unter dem Zwange der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die Ansätze der Konten 1 und 2. Sie betonen aber ausdrücklich, daß damit keineswegs dem Rate das Vertrauen der Fraktionen ausgesprochen wird. Die wiederholte Mißachtung der Stadtverordnetenbeschlüsse und das reaktionäre Verhalten des Rates anlässlich der Vorgänge beim Kapp-Putsch lassen das Letztere nicht zu. Zu Punkt 2: Bewilligung der Gehälter für die Geistlichen an den Krankenhäusern erklärt Bürgermeister Weber, die Bemü-

hungen nur mit Zustimmung des Kirchenregiments beseitigt werden und beantragt Bewilligung der Ansätze.

St. B. Kressin weist darauf hin, daß das Kollegium gewünscht habe, der Rat möge die bestehenden Verträge auflösen. Er beantragt, die Angelegenheit zu verlagern, damit der Verfassungsausschuß in eine Prüfung der Verträge eintreten könne. Der Antrag wird angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Nach Erledigung der Registrande beglückwünscht der Vorsteher den 2. Vizevorsteher Otto Polander zum Jubiläum seiner 25jährigen Mitgliedschaft zum Stadtverordnetenkollegium. Es sei nicht diesen beschieden gewesen, so lange an so hervorragender Stelle im Kollegium tätig zu sein. Die 25 Jahre bedeuten für die Stadt eine Zeit großer und schneller Entwicklung, in der der Jubilar besonders durch seine Arbeit in zahlreichen Ausschüssen der Stadt wichtige Dienste geleistet habe. Dafür gebühre ihm herzlichster Dank.

Oberbürgermeister Kothe schließt sich im Namen des Rates dem Danke und den Glückwünschen an. Vizevorsteher Polander dankt aufs herzlichste und verspricht, auch in Zukunft an den Arbeiten des Kollegiums nach Kräften teilzunehmen.

Die Wahl von Mitgliedern in einige Ausschüsse der Stadtverordneten und in 38 gemischte Ausschüsse wird nach den Vorschlägen des Wahlausschusses vollzogen. — Ebenso wird die Bestellung der Gemeindevorstände und ihrer Ersatzmänner auf die Jahre 1921 bis 1923 nach der Vorschlagsliste vorgenommen. — Die Nachbewilligung von 1 500 000 Mk. für Erhöhung des Lehrerzuschlags zu den Kinderbeihilfen der Ratsmitglieder, höheren Lehrer, Beamten und Angestellten, Ruheständler und Witwen wird ausgesprochen. Doch wird beschlossen, den Passus „von diesem Betrage 131 000 Mk. von den technischen Werken abbringen zu lassen“ zu streichen, da das Kollegium sich dadurch nicht binden, sondern sich die Entscheidung darüber vorbehalten will.

Weber die

Neueinstellung der Straßenbahnfahrpreise

Berichtet Vizevorsteher Junck: Tarifvorlagen seien zwar keine neuen, aber alte Bekannte. Im Ausschuss sei mit harten, schonungslosen Worten das brutale Mittel der Tarifsteigerung als Bankrott erklärt der Straßenbahn bezeichnet worden. In der Kritik sei das als völlige Ideenlosigkeit, als Entwertung und Zerschlagung des Verkehrsinstituts charakterisiert worden. Dem Spotte der Presse und der Bevölkerung könne eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden. Man habe alle Ratsschlüsse gewissenhaft erwogen, aber den Kleinfußboden auch nicht gefunden. Auch andre Gemeinden hätten keinen andern Ausweg gefunden. Die „Urgesche der Wirtschaft“; billiges Angebot — große Nachfrage seien eben nur für normale Zeiten. Die Zuschläge können nicht aufgehoben werden. Der Zonentarif komme als Heilmittel nicht in Betracht. In andern Städten seien Versuche damit unglücklich ausgefallen. Die Ausschüsse kämen aber nicht mit leeren Händen. Sie beantragten:

- an die Zustimmung zur Vorlage die Bedingung zu knüpfen, daß gleichzeitig Wochenfahrkarten zu 12 Fahrten für männliche und weibliche Arbeiter, Angestellte und Beamte ohne Unterschied des Alters mit einem Lohn- oder Dienstlohn bis zu 20 000 Mk. jährlich eingeführt werden. Die Karten dürfen nur täglich zweimal und nur an Wochentagen benutzt werden. Der Preis der Wochenfahrkarten, die nicht übertragbar sind, wird auf 7,50 Mk. festgesetzt. Die Wochenfahrkarten berechtigen zu einmaligem Umsteigen. Die Karten werden den Betriebsinhabern zur Verteilung an die Berechtigten überlassen;
- den Rat zu ersuchen, drei Monate nach Einführung der im Antrag 1 genannten Wochenfahrkarten dem Stadtverordnetenkollegium über die finanzielle Wirkung dieser Maßregel Bericht zu erstatten;
- bezüglich der Schwerverletzten es bei der bisherigen Fahrpreisregelung (Bekanntmachung der Straßenbahndirektion vom 27. September 1920) zu belassen;
- der Vorlage im Übrigen zuzustimmen.

Der Antrag 1 entspringe sozialen Gründen. Man wolle die niederen Einkommensstufen vor neuen Mehrbelastungen bewahren und an einem praktischen Beispiel versuchen, eine Verkehrssteigerung herbeizuführen, indem man den Tarif für die weniger Bemittelten nicht steigere. Man könne den Versuch, der allerdings einen Schritt ins Dunkle bedeute, wohl wagen, da der Rat ja nach drei Monaten Bericht erstatten solle, damit dann erneut Beschluß gefaßt werden kann. — Die Verfasser der Eingaben könnten sich versichert halten, daß ihre Vorschläge aufs gewissenhafteste geprüft worden seien.

St. B. Bollershof: Die vorliegende Statistik beweist, daß die Abwendung von der Straßenbahn in erschreckender Weise stattgefunden hat. Die Ankosten können durch Betriebserweiterung verringert werden. Verlängerung der Linien und schnellere

Wagenfolge sei nötig. Er verlangt billigen Einheitsstarf, da alle mit einem Einkommen unter 20 000 Mk. dasselbe Recht haben, und lehnt die neue Preiserhöhung ab.

St. B. Wörner behauptet, die Abwanderung betrage 40 Prozent. Vermehrte Arbeitsleistung der Straßenbahner sei das beste Mittel. Er beantragt einen anderogestalteten Tarif.

St. B. Kunath äußert eine Reihe Wünsche über Verkehrsverbesserungen, Linienveränderung, Kleingeldmangel und tritt für Wiedereinführung von Anrechtssorten ein. Er kann nicht für den Antrag 1 stimmen und befürchtet hohen finanziellen Ausfall.

St. B. Herz kann nicht für den Antrag stimmen und beantragt Monatsfahrkarte ohne Umsteigeberechtigung für 50 Fahrten zum Preise von 35 Mk.

St. B. Jonak hätte nicht geglaubt, daß, nachdem die Angelegenheit nach allen Seiten in den Ausschüssen durchgesprochen sind, heute so zahlreiche Neben gehalten und so viele Veränderungsanträge kommen würden. Wir wären die letzten, glücklichere Möglichkeiten auszuschlagen. Wir stimmen für die Ausschlußanträge. Da Schönefeld einer direkten Verbindung mit der Stadt dringend bedarf, wendet sich der Redner gegen eine Verlegung der Linie 17.

Frau St. B. Schumann protestiert gegen die Äußerung des St. B. Wörner, die Arbeitszeit zu verlängern, verlangt eine Kontrolle des Kohlenbergbaues, da es an Kohlen fehlt. Dem Betriebsrat der Straßenbahn müsse ein umfassendes Kontrollrecht eingeräumt werden.

St. B. Kressin: Die Steigerung des Preises der Wochenkarten von den geplanten 8 Mk. auf 7,50 Mk. ist uns nicht leicht geworden; weitere Verbesserungen lehnen wir ab. Monatskarten kommen für Arbeiter mit Wochenlöhnen nicht in Frage. Der Antrag 1 soll allerdings ganz bewußt einen Klassentarif schaffen, denn die soziale Seite soll berücksichtigt werden.

Stadtbaurat Peters: Der Ausfall wird bei Annahme des Antrages voraussichtlich 5,2 Millionen im Jahre betragen. Der Rat wird sich aber mit den Tatsachen abfinden, da das Ganze nur ein Versuch sein soll. Die Karten dürfen an Leute, die mehr als 20 000 Mk. verdienen, nicht ausgegeben werden. — Der Zonentarif wird oft sehr falsch beurteilt. Bei uns würde beispielsweise die 1. Zone von Gohlis bis zum Nordplatz reichen und 50 Pfg. kosten.

St. B. Jeremias fordert eine Erweiterung der Arbeitszeit, die nur vorübergehend sein würde. Eine 20prozentige Vermehrung würde das Wirtschaftsleben so stärken, daß auch die Zahl der Arbeitslosen abnehmen würde. Das Theater könne mit den Straßenbahnen nicht in Vergleich gestellt werden, denn es diene der Gesamtheit, nicht nur denen, die es besuchen.

Nachdem noch verschiedene Redner gesprochen haben, werden in der Abstimmung die Ausschlußanträge angenommen, nachdem alle Änderungsanträge abgelehnt wurden. Der Antrag auf Einführung von Anrechtssorten wird dem Rat zur Erwägung überwiesen.

Einem Ratsbeschlusse, dem Mehmt gegen Entrichtung eines Pachzinses nach dem üblichen Einheitslohn von 75 Pfg. für einen Quadratmeter und Jahr Genehmigung zur Errichtung einer Textilmaschinenhalle auf dem Königsplatz zu erteilen und die Standzeit auf sechs Jahre zu bemessen, wird zugestimmt.

Eine Eingabe wegen Einrichtung elektrischer Beleuchtung für den Saal der 47. Volksschule wird dem Rate zur Berücksichtigung überwiesen.

Ferner wird eine Eingabe wegen Erhaltung der Nachkassen für Schneider an der höheren Schule für Frauenberufe dem Rate zur Kenntnisnahme überwiesen.

An die öffentliche schloß sich noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Briefkasten der Redaktion.

M. P. Ihr Mann hat keinen Scheidungsgrund. Wohl aber können Sie die Scheidung beantragen. Und Ihr Mann müßte dann auch für Sie sorgen. — 1 Mk. Parteikasse.

Pistole. 1. Das können wir nicht vorher sagen. 2. Lassen Sie es auf den Termin ankommen. 3. Sprechen Sie bei den Zeitungen vor. 4. Nein.

Kriegerwitwe. Wenn Sie ein Gesuch nicht eingereicht haben, kommen Sie dafür nicht in Betracht.

S. R. Nein!

K. U. 50. Fragen Sie auf dem Konsulat in Dresden. Es ist anzunehmen, daß auch dort die Kriegerwitwen nach ihrer Verheiratung abgefunden werden. Es ist aber fraglich, ob die Summe nach dem Ausland geschickt wird. — 1 Mk. Parteikasse.

Dummscheer Patron. 1. Der Kauf ist gültig. 2. Ob die Klage Erfolg hat, können wir nicht bestimmen vorauszusagen. — 1 Mk. Parteikasse.

M. B. Lindenan. Stellen Sie bei Gericht den Antrag auf Ausstellung neuer Papiere. — 1 Mk. Parteikasse.

J. B. 70. Sie müssen schon den Weg zum Standesamt antreten und dort anfragen, sonst haben Sie nur noch Scherereien.

Eid. Wir wissen nicht, ob in dieser Frage schon die letzte Instanz entschieden hat. Es liegt reichsgerichtlich nur vor, was in der Verfassung steht.

Saison-Ausverkauf
KAUF. HAUS
BRUHL

Beginn Montag, den 10. Januar.

Wir bringen riesige Warenmengen zu ungewöhnlich niedrigen Preisen

Lesen Sie unsere am Sonnabend erscheinende Anzeige.

Saison-Ausverkauf

bei

M. Joske & Co., Plagwitz

und Markranstädt.

Ganz bedeutend herabgesetzte Preise!

Bitte beachten Sie unsere Schaufenster u. Schaukästen

Licht-UT-Spiel

Ab Freitag!
Alleiniges Erstaufführungsrecht f. Leipzig.
Alfred von Ingelhelms Lebensdrama
nach d. gleichnamigen Roman
von Hans Land.
In den Hauptrollen:
Bruno Kastner
Ernst Rückert, Hanni Wolske,
Leopold v. Ledebor,
Marja Zelonko.
Außerdem: Der II. Film der Film-Trilogie
Die gefährliche Fahrt
4 Akte. 4 Akte.
Heute letzter Tag!
Gefolterte Herzen
10 Akte.

Welt-Theater

Vom 7. bis 13. Januar 21

Tel. 4870 Berußgasse am Markt Tel. 4870
Erstaufführung des Riesen-Schlagers

Die Frau im Delphin

oder:
30 Tage unter dem Meeresgrund
Detektiv- und Abenteuerfilm mit Bela Lugosi in seiner Rolle als
Einbrecherkönig
5 Akte und 5 Akte
zum Totlachen das reizende Lustspiel
Kakadu und Kiebitz
4 Akte mit Ossi Oswald. 4 Akte
Zeitiges Kommenichert gute Plätze.
Beginn: Sonntags 3. Wochentags 1/5 Uhr.

P. Schmitz Nachf.
36 Nikolaistr. 5, Spocks-Hof-36
Passagen 101zi Laden
Billig Röcke Billig Blusen

Wer sich totlacht, lebt am längsten!
Das idyllische und spaßhafte Buch heißt: „**Sprudelüber Humor**“ von E. Well. Eine bunte Sammlung von ca. 500 spaßhaften Witze, amüsanten Scherzfragen und fabelhafter Kauer, zwergerfellerhünderer Aneddoten. Wollen Sie einmal recht herzlich lachen oder der Späßigkeit der Gesellschaft werden, so besorgen Sie dieses lustige Buch. Dazu „**Der famose Compuffänger**“, 30 neuere Schlagere. Beide Bücher Mk. 6.95 fr.
W. N. Schwarze Verlag, Dresden N. 450.

Runkeln

schöne, frockfreie Ware, einatmend!
Leipziger Westend-Baugesellschaft
Leipzig-Lindengau, Lützner Straße 184
Telefon 43187.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Klavier- u. Violinspieler
geucht
Blauwitz, Naumburg-Str. 67,
2. Bede gemachte Klaviere
mit Fahrrad, Lohn 300 Mk.
und Prosente, Schreiben und
Rechnen kundig, Offert. unt.
R. 79 an die Exped. d. Blatt.

Gürtler-Lehrlinge
z. Erlernen d. Anfertlg. v. Be-
leuchtungsörpn. (in d. elektro-
technische Fach schlag.) Stellen
Offert. 1921 unt. Zulassung
beit Ausbildung ein Leipzig
Broncewaren-Gesell. Danke &
Seidenstr. 18. 20.

Kürschnerlehrling
für Offern gesucht
Rth. Rudolph, Rauchwaren-
Zurichler, Lt., Kanarierstr. 21.

Einige Wickelmacherinnen
sucht Zigarren-Fabrik,
Leipzig, Kreuzstraße 35,
18 jähr. Mädchen an alleinige
Damen gesucht, Tielestr. 1, III. I
Aufwartung für 3 bis 4 mal
wöchentl. vormittags gesucht
Kronprinzstraße 59. III. rechts
Schuljunge (Kaufkraft) ge-
sucht Gohlis, Knauerstr. 5. VI.

Wo kann 34 jähr. Frau den
Haushalt führen? Ana.
Kleinmald. Ludowicstr. 16. VI.

Zigarettentabak

50 gr. Karton nur Mk. 8.30
Gerberstr. 40 u. Eiserstr. 8. I.*

Korn- und Toiletten-Seifen

äußerst preiswert
Eiserstr. 53. Böttger.

Futterrüben verk. Winger
Lindengau, Joffestr. 22. vari.
Schuhe, getr. gut. Lar. Ausw.,
Gummi- u. bill. getr. Blusen,
Arbeitskol. gut Regenmantel.
Bayerische Str. 83, Röhrenstr.
Neue und getragene
Jadettanzüge
Cutawan, Brad, Smolina,
Gehrocktaug, gestr. Hosen,
Loden- und Gummi-Mäntel,
Mäntel, Valetots, Jadedts und
Weste, nebst Historie-
Madelwitz Tischspiele
Indmühlentr. 33. I.

2 mod. Anzüge je 300 Mk
Cutawan m. W. getr. 100 Mk.
M. neu 430 Mk.
Getr. Sole 80, 85 und 110 Mk.
Rt. H. M. A. S. Joppe, Ledergerber,
Kürnbergerstr. 7, I. rechts
Nah-Kaus, blau, zu verkf.
Reusch, Weststr. 7. VI. r.
Einzel. Cutaways, Gehröde,
Frack und Röcke von 50. Mk an
Vid. Frommannstr. 12. Lad. *

Herbarius
Mäntel, Mäntel, Schuhe,
Stiefel, Betr- und Leib-
stücke nebst Historie-
Madelwitz Tischspiele
Indmühlentr. 33. I.

Hemden
f. Damen 25.—
Hemden u. Nessel m. 18.—
Hemdenhemd m. 18.—
Bettzeug u. Kissen 140.—
Bettzeug-Bettuch 35.—
Hand- u. Wischtuch 8.—
Kohlgartenstr. 29. I. Info.
Bettwäsche, Weg. m. Kf. 140. Mk
2 ltr. Kleiderstrant verff.
billig Bayerische Str. 42. II. Info.
Kleiderstrant, groß. 2 ltr., nur
330. Mk. Samledestr. 7. p.
Schrank, Kom. Bettst. m. W.
Rüchtr. Wächter m. Spieg.
Uhr. 21. St. VI. Apothekstr. 13.
Küche, Sofa 250, Chaiselonge,
vt. Neudn., Kapellenstr. 9a. p.
Küche, Chaiselonge verff.
Koppe, Kürnberger Str. 11.
Küche, auterb., 4 Röhrenküche,
Tisch- u. Stuhlsetz. 19. v. I.
Ed. Willich u. Stoffsofa 380. Mk.
Kleiderstrant 250. Mk., Chaisel.,
4 Röhrenstr. 230. Turnerstr. 12. p. I.
Pfisch- und Stoff-Sofa
billig Seefeldstr. 21. I.
Staben-Sofa und Trumeau
zu verkf. Kaffeestraße 43. II. r.
Küchensofa, Brotkrant, ar.
Waschwanne, harter Tisch, Stuhl,
Gr. 66. a. v. Gohlisstr. 5. I. r.
Aussichtsfisch, Röhrenküche
billig Betteer Straße 88. II. I.

Prima Schmalz

Pure lard
pro Pfund 16.50 Mk.
10 Pfund 160.— Mk.

Nährmittel-Fabrikation „Heros“.
Hugo Klippmann
Kuchengartenstr. 16, Vorderh. II.
Kein Laden! — Tel. 4560.

Für Händler u. Wiederverkäufer!

Unsere großen Vorräte und unsere
Preise machen es Ihnen möglich, zu den
jeweils billigsten Tagespreisen
zu kaufen:
Baumwollwaren/Kleiderstoffe
Herrenstoffe **■■■■** Trikotagen
Strumpfwaren // Strickwollen

Kaufhaus **Geb. Held** Leipzig, Lindenau
Merschburger Str. 84
Ede Demmeringstr.

Frische Blutwurst

leicht angeräuchert
Pfund 12 Mark
bei ganzen und halben Würsten

Goske

Windmühlenstraße 4-12 und Johannsplatz.

Robert Schöllner

Leipzig-Gohlis
Grosshaarstraße 5
kauft laufend, auch von Händlern
Zeitungen, Bücher, Wsch, Knochen,
Lumpen, Weinflaschen, Kupfer, Messing,
Blei, Zink u. Eisen zu Tagespreisen.

Unglückliche Ehegatten

die ihr Recht suchen, wenden sich an Rechts-Anwalt
und Privatdetektiv **W. Klepzig**, Leipzig-Angrer,
Herbartstraße 3. — Tel. 60502.

Robert Schöllner

Kaufsuche
Herren-
Garderobe, Wäsche, Schuhe,
Federbetten, Leibhauschleier
aa. Nachl. Berger, Hanstädter
Stelmen 28. I. Tel. 10554.*

Kaufe Herren-Garderobe
Mittler-Garten,
Bett- u. Leibw., Leibhausch.
Kliff, Kanfische Gasse 8. VI.

Bettwäsche weiß u. bunt,
Hand- u. Leibwäsche,
Sand- u. Wollstrich u. laug.
geleucht, Windstr. 71. I. r.
Federbetten, Bettwäsche
Bayerische Straße 42. II. Info.
Kleiderschrank, Sofa, Stühle
f. Kappe, Kürnberger Str. 11.*
Nähmaschinen gef. Weissf.
Schubert, Emilienstr. 40. I.

Alle Fahrräder
auf defekte, **kauf** stets
u. **holt** ab Baumgärtner
Gr. Fleischergasse 22. Laden.*

Schallplatten
alte und zerbrochene
besitzt am besten
Slog. Sell., Weiblichstr. 15.
am Othelm, Straßenbahnstr. 8.
Fabrik extra vergütet.

Kinder- od. Klappwa. zu ff.
geleucht. Off. m. Pr. Peuschler
Co., Querbachstr. 2. II. W.
Klappwagen mit Verbed,
Kinderwagen zu kaufen gel.
V. Demmeringstr. 80. II. r.

**Kupfer, Blei
Messing, Zink**
L. Edge-Paul, Turnerstr. 13. 5. I.

Fellen- und Kanin

Welle kauft Kleider
Grundig :: Gohlis
Strahburger Str. 8. IV.
Kann. Wollen, Ziegen- u. w.
Felle
kauft die Kaufwarenfirma
Rabinowicz & Co.
Nikolaistr. 28/22. II. Tel. 3149
Nicht in den Laden gehen. *

Felle kauft
Rosenzweig
Kleine Fleischergasse 16. I.*

Verlässige Anzeigen
Braune Briefkäse m. Inh.
am Vauerischen Platz verlor.
Weg. gute Bel. abg. Brauner,
Sträblisch, Ufisch, Grenzstr. 3. III.

Auskunft
Detektive Lux
L. Lind., Demmeringstr. 23
gerichtlich eingetragen
übernimmt d. sch. Sachen
Beweismaterial a. V. Rat
u. Hilfe i. a. Angelegenh.*

Westendhallen, L.-Plgw.
Siegelbahn noch einige Tage irel

Uhrmacher Urban
Spezialist für Reparaturen
Wächterstraße 26.*

Belaufen umarbeiten
Renanferita,
billa, Sainstraße 29. II., und
Eisenbahnstraße 69. Laden,
Telephon 69020. I.

ff. Leder-Ausschnitt

empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

Verkäufe

Ia. Schmalz, Pfund 16.50
Margarine Pfd. 14.00
Rübensaft Pfd. 2.90
Sellersch. Wittenberger Str. 75.

Ia Schmalz Pfund 16.50
Margarine Pfund 14.00
Reis Pfund 4.80
N. Geyer Leips., Schönefeld
Paul-Deyle-Str. 30
Bei 5 Pfund Extra-Preise.

Braun-Bollreis Pfd. 4.80
bei 5 Pfund 4.60

Blumenmus Pfd. 5.20
G. Zunger, E-Anger,
Herbartstraße 4.



Herzog v. Burgund Cigaretten

ASTORIA Windmühlenstrasse 31 Fernruf 18195-96

Voranzeige für Freitag, den 7. Januar 1921! Wochentags Einlass 1/2 5 Uhr, Anfang 5 Uhr, Ende 1/2 11 Uhr

Rosspatz 6 (Café Baier) Fernruf 18195-96 UNIVERSUM

Morgen Freitag: Erstaufführung! Das sensationelle Detektiv-Schauspiel nach Paul Rosenhayn 5 Akte

Der Funkenruf der "Rio Bamba"

Heute letzter Tag: Pola Negri

COLOSSEUM

Rosspatz 12-13 Fernruf 18195-96 Morgen Freitag: Erstaufführung! Der Komplize von Cincinnati Detektiv-Bild aus der Verbrecherwelt 4 Akte - mit Bruno Eichgrün Das Geständnis eines Fehltritts Sittenbild - 5 Akte Heute letzter Tag: Bloody Fox

Die geschlossene Kette

5 ergreifende Akte nach einem Roman von Erich Wulffen mit Aud Egede Nissen, Albert Steinrück

Heute letzter Tag: Mia May

Neues Theater. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1410.

Donnerstag, den 6. Januar 1921 in Anwesenheit von...

Die Zauberkette

Oper in 2 Akten von Dr. H. Wagners... Oper in 2 Akten von Dr. H. Wagners...

Einlass 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, den 7. Januar: 6. Knecht's-Vorstellung (6. Folge, 6. Teil)...

Alles Theater.

Donnerstag, den 6. Januar 1921 Der Kaufmann von Venedig.

Oper in 5 Akten von Wolfgang Amadeus Mozart... Oper in 5 Akten von Wolfgang Amadeus Mozart...

Einlass 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Nachtfalter Mainstrasse 18 Allabendlich 7 1/2 Uhr Kabarett.

Reiterball L.-Döllitz, Straßemb.12 morgen Freitag

Gasthof Neustadt Großer Eliteball

Krystall-Palast Täglich abends 1/8 8 Uhr: Das glänzende Januar-Programm.

Westend-Hallen, Plagw. Neue Bewirtschaftung! Morgen Freitag ab 7 Uhr: Großes Elite-Ballfest

Goldner Helm Leipzig-Zentr. Jeden Freitag und Sonntag: Die stimmungsvollen Ballfeste

Albertgarten Größtes und schönstes Ball- und Gesellschaftshaus Morgen Freitag ab 7 Uhr: Großer Elite-Tanz-Abend

LETACO RAUCHTABAK von Mk. 4.50 an. Bayersche Straße Nr. 42

Neues Operetten-Theater. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1484.

Das Amerikanerli. Operette in 3 Akten von Dr. F. Müntz...

Leipziger Schauspielhaus. Donnerstag, den 6. Januar 1921 Das Burleske Schicksal.

Ohne Geld nur durch monatlich. Miete gelangen Sie in d. Besitz v. Beleuchtungs-Körper Gaskocher, Herde usw.

Kammerspiele Theater in der Elsterstraße 42.

Drei Linden Täglich abends 1/8 8 Uhr Der Riesen-Januar-Spielplan.

Mein großer Inventur-Ausverkauf Freitag, 7. Januar Räumung zu radikal herabgesetzten Preisen. D. Jackson

Kurt Walz, Tanzlehrer

KARNEVAL SOHREZ u. LÄRM-ARTIKEL MÜTZEN MASKEN NOSTÜME

Obstbäume Riesenauswahl in all. Form. u. Größe...

Marxstadt Markt Nr. 10. Morgen Freitag Früh gehaltene Schweinefleisch

Reif & Dorn Spezialität: Echt Leder-Handschuhe mit feinsten

2 Gezzitis Equilibristische Neuheit

Baltenberg Varieté. Täglich abends 1/8 8 Uhr: Das Weltstadt-Varieté-Programm.

Gasthof Stünz Grosser Volksball. Pantheron Große Ball-Feste.